

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 203.

Freitag, den 30. August 1912.

19. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Militärdiktatur und Pressknebelung.

Die Verhängung des Kriegszustandes über Kronstadt und Sebastopol, die mit Recht ungeheure Sensation hervorrief, hat der ganzen Welt gezeigt, daß die russische Regierung, die täglich von neuem Länder überträumt, sich selber bewußt ist, daß sie auf einem Pulverfaß sitzt. An dieser Demonstration scheint aber die Regierung des Zaren noch nicht genug zu haben. Just zur selben Zeit, wo die Gärung in der Armee und in der Marine immer bedrohlichere Umfänge annimmt, und wo zu gleicher Zeit die ganze Expansion der russischen Regierung verknüpft wird mit der Verwirklichung gewaltiger Flottenbaupläne und durchgreifender Aenderungen in der Armee, treten der Kriegsminister, der Marineminister und der Minister des Innern mit der Forderung hervor, daß alle Fragen der Landesverteidigung, ja selbst die Unterhandlungen zwischen Rußland und anderen Staaten über militärisch-politische Fragen der öffentlichen Erörterung in der Presse entzogen werden sollen! Die Initiative für diesen ungeheuerlichen Schritt gehört dem Marineminister, der sich im Mai dieses Jahres an den Minister des Innern mit der Bitte wandte, sämtliche Mitteilungen über die Tätigkeit des Marineresorts in der Presse zu unterdrücken. Zu dieser Zeit stand gerade das Flottenbauprogramm, für welche die Duma im Juni eine Milliarde Mark bewilligte, zur Diskussion, und bis weit in die rechtsstehende Presse hinein wurde die ungeheure Leichtfertigkeit der Flottenbaupläne und die Unzuverlässigkeit und Korruption des „Tschumarefforts“ aufgedeckt. Als einziges Mittel gegen diese Kritik betrachtete der Marineminister die Knebelung der Presse, die trotz ihrer Abhängigkeit von der Administration den Korruptionsfloaken in der Militär- und Marinebureaokratie manche schwere Stunde bereitet hat. Der Minister des Innern konnte damals dem Verlangen des Marineministers nicht nachkommen, da selbst die russischen Kautschuparagraphen des Gesetzes keine Handhabe dafür boten. Inzwischen ist aber das von der Duma am 18. Juni d. Js. angenommene Spionagegesetz veröffentlicht worden, und nun versuchen die genannten Minister, auf eine Bestimmung dieses drakonischen Gesetzes gestützt, die Presse an Händen und Füßen zu knebeln. Art. 1, Abs. 2 des genannten Gesetzes lautet, „Dem Minister des Innern wird das Recht erteilt, unter Innehaltung der vom Ministerrat verfügbaren Ordnung, für bestimmte Fristen die Veröffentlichung von Mitteilungen in der Presse zu verbieten, die die äußere Sicherheit Rußlands, oder seine bewaffneten Kräfte oder Einrichtungen betreffen, die für den militärischen Schutz des Landes bestimmt sind.“ Auf Grund dieser Bestimmung hält der Minister des Innern, im Einvernehmen mit den Militär- und Marineministern, es nun für möglich, dem Ministerrat den Antrag zu unterbreiten, daß die Erörterung sämtlicher Militär- und Marinefragen, aller Vorgänge in der Armee und in der Flotte, der Zustände in der Intendantur usw. in der Verwaltungswege der Presse verboten werden soll!

Die Tendenz dieser Forderungen des korruptesten Teiles der russischen Bureaokratie ist klar. Einmal sollen die Diebstahle der Intendanturbeamten, das Bacchanal der Panzerplattenpatrioten und Flottenbauarbeiter, die Brutalitäten der Offiziere in der Armee und Marine der öffentlichen Kritik entzogen werden, andererseits aber soll die öffentliche Meinung der europäischen Staaten, namentlich derjenigen, die für die militärischen Pläne der russischen Eroberungspolitik neue Milliarden hergeben sollen, über den wahren Stand der bewaffneten Kräfte Rußlands getäuscht werden. Diesem Zwecke dient vor allem Art. 10 der vom Minister des Innern ausgearbeiteten Bestimmungen, wonach alle „Unterhandlungen zwischen Rußland und irgend einem andern Staat über Fragen militärisch-politischer Charakter oder über Fragen der Militärtechnik“ der öffentlichen Erörterung in der Presse entzogen werden sollen. Auch die Charakteristik des oberen Kommandobestandes der Armee und der Flotte soll der Presse untersagt werden. In Verbindung mit der Einführung des Kriegszustandes in den Kriegshäfen würde die Verwirklichung dieser Wünsche der Militärbureaokratie nicht nur der ärgsten Korruption und Barbarei Tür und Tor öffnen, sie würde auch die Kompetenz der Duma in den wichtigsten Fragen illusorisch machen, und das zu einer Zeit, wo dem Volke Milliarden erpreßt zu werden. Die Entscheidung über diese Frage liegt nun in den Händen des Ministerrates. Nimmt er den Vorschlag des Ministers des Innern an,

so bekennet er öffentlich, daß das ganze System der russischen Militärdiktatur, wie alle Pläne seiner militärisch-politischen Entwicklung nur unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit aufrecht erhalten werden können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zentrums-Scheitler.

Das Zentrum beschloß am Mittwoch in der bayerischen Abgeordnetenkammer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen, daß die Anträge und Petitionen wegen Verbesserung der Löhne der Militärarbeiter jetzt beim Militärstat nicht beraten werden sollen; vielmehr sollen alle Staatsarbeiterfragen zusammen später beim Finanzetat erörtert werden. Zweck dieses Mandats ist, die Militärverwaltung zu verhindern, jetzt die Löhne der Militärarbeiter zu erhöhen und dadurch eine PreSSION auf die anderen Staatsverwaltungen auszuüben. Man will dann kurz vor Sessionschluss die Aufbesserung aller Staatsarbeiter gleichmäßig als finanziell unausführbar verweigern.

Die Teuerung

die drohend durch das Land zieht, und die Bevölkerung unmittelbar vor die

Gefahr einer Hungersnot

bringt, ist nicht nur geeignet, die größte Erbitterung der breiten Volksmassen über die ihnen zugesügte Aushungerung im Interesse der Agrarier hervorzurufen, sondern sie regt auch zum Nachdenken an und wird in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis wachrufen,

daß es so wie bisher in Deutschland nicht weitergehen darf.

Aufklärung über die dem Volke zugesügte Unbill bringt den Volksmassen durch ungeschminkte Darstellung der in Deutschland bestehenden Zustände

die sozialdemokratische Presse.

Eine günstigere Zeit zur Werbearbeit für die beste Waffe des arbeitenden Volkes im Kampfe für menschenwürdige Zustände ist nicht denkbarer als die jetzige. Jeder unserer Leser und Parteigenossen hat die Verpflichtung, unermüdete Werbearbeit zu leisten und dafür Sorge zu tragen, damit dem

„Lübecker Volksboten“

zahlreiche neue Abonnenten gewonnen werden.

„Kirchliche Revolution“.

Der Zwiespalt im ultramontanen Lager ist trotz der schönsten Reden in Aachen noch tiefer geworden. Man lese nur den mehr als vier Seiten langen Artikel in der soeben erschienenen Nr. 34 von „Wahrheit und Klarheit“, der vom Grafen Oppersdorff herausgegebenen katholischen Wochenschrift. Dieser Artikel stellt die Antwort dar auf eine aus den Reihen der Bache-Richtung im „Hannoverschen Courier“ unter dem Pseudonym „Spectator Rhenanus“ (zu deutsch: Der rheinische Beobachter) veröffentlichte bemerkenswerte Auslassung, die von dem Oppersdorffschen Blatt als einer der „dem leidenschaftlichen Haß gegen den verehrungswürdigen Träger der Tiara (Papstkrone) entspringenen Kölner Wutausbrüche“ charakterisiert wird.

Das Oppersdorffsche Organ nennt die in diesem Artikel vertretene Auffassung eine „Kirchliche Revolution“ und meint:

„Die „Kölner“ stehen mit solchen Anschauungen nicht bloß mit einem, sondern bereits mit beiden Füßen auf protestantischem Boden. Was Wunder, daß sich protestantische Staatsmänner

und die protestantischen Parteien aller Schattierungen dieser ihrer Gesinnungsgenossen mit allem Nachdruck gegen die päpstlich gesinnten Katholiken Deutschlands annehmen?“

Der Spectator-Artikel im „Hannov. Courier“ stellt in der Tat inhaltlich das Stärkste dar, was bisher aus den Federn der Bacheiten geflossen ist. Nach katholischer Anschauung ist der Papst der Statthalter Gottes auf Erden. Der Bacheit in dem liberalen hannoverschen Blatt aber schreibt über den gegenwärtigen Papst u. a.: „Von Pius X. Scharfblick und Klugheit verlangend, wäre ebenso absurd, wie von der ihn beeinflussenden Partei Objektivität gegenüber deutschen Verhältnissen. Die deutschen Katholiken scheinen noch immer nicht zu ahnen, wie unheimlich menschlich es um den Stellvertreter Gottes zugeht. Man denke sich einen Mann wie Pius X., der, aus engen bürgerlichen und kirchlichen Verhältnissen kommend, sich lediglich durch frommen Eifer in der praktischen, für italienische Verhältnisse zugeschnittenen Seelsorge hervorragt und einige Kenntnisse in der kirchlichen Verwaltungstechnik befaßt, ein Mann nicht nur ohne jede Intuition für die moderne Menschheit und ihre geistige Not, sondern nicht einmal von jener praktischen Diplomatenklugheit mancher römischer Prälaten, ein solcher mäßiger Genus wird als Kompromiß-Papst zum Nachfolger eines Leo XIII. gewählt. Daß ein solcher Mann ein Spielball der im Vatikan so ungemein ehrgeizigen Cliquen werden mußte, daß Pius X. nur in die Hände der schlimmsten Fanatiker geraten konnte, ist so menschlich begreiflich, daß man diesem Papst kaum mehr eine Schuld beimessen kann. Er glaubt zu stehen und wird geschoben; wenn jemals, so trifft das Wort in diesem Falle zu. Und schließlich auch von jenen intransigenten Kreisen in Rom und in den übrigen Ländern, vor allem in Deutschland, darf man nicht groß erstaunt sein, daß sie zu den Mitteln greifen, die ihrer Mentalität am nächsten liegen und unter den gegebenen Verhältnissen die sichersten und wirksamsten sind: zur Denunziation und zur Verleumdung.“

Weiter führt „Spectator Rhenanus“ aus, die päpstliche Unfehlbarkeit sei „in der Praxis der letzten Jahre zur Karikatur und zur brutalen Gewissens-knechtung nach orientalisches-despotischem Muster geworden“, und es sollte nicht nur das Recht, sondern „eine Pflicht der deutschen Katholiken sein, den Papst und die Kurie, die jedes Maß und jedes Verständnis für ihre eigene Machtsphäre verloren haben, durch geschlossenen Widerstand zur Bestimmung zu bringen“.

Das sind allerdings Worte, die in den Ohren jedes konsequenten, das heißt päpstlichen Katholiken nicht mehr und nicht weniger darstellen, als „kirchliche Revolution“!

Gegen die Zigeunerplage.

Der demnächst zusammentretende Deutsche Polizeikongress soll auch eine Verständigung über die Bekämpfung der Zigeunerplage bringen. Bisher ist die Verfolgung herumziehender Zigeuner, die sich irgendwo verdingt gemacht haben, dadurch erschwert worden, daß an der Grenze eines Bundesstaates die Rechte der Exekutivbeamten aufhören. Bei den verzwickten Grenzverhältnissen, wie sie in Thüringen bestehen, macht sich das angeblich besonders fühlbar. Die Einigung soll nun auf der Grundlage erfolgen, daß die Exekutivbeamten befugt sein sollen, auch über die Grenze ihres Staates hinaus Zigeuner behufs Überwachung zu verfolgen, und auch auf den Gebieten des fremden Bundesstaates Amtshandlungen vorzunehmen.

Ein agrarisches Idyll im Königreich Sachsen.

Wie skandalös die Arbeiterverhältnisse auch auf sächsischen Gütern sind, und mit welcher Anmaßung die Agrarier auch dort auftreten und die Behörden unter ihrer Vormüßigkeit zu halten suchen, zeigt folgender, dem „Berliner Tageblatt“ zugesandter Bericht:

„In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der sächsischen Amtshauptmannschaft Dschah schlug Amtshauptmann Dr. Wach, der vor kurzem ein Regulativ über die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter erlassen hat, das aber wenig beachtet wurde, einen Antrag zu dem Regulativ vor, um den wahrhaft skandalösen Zuständen, wie sie bei etwa 40 Revisionen aufgedeckt worden sind, ein Ende zu machen. Die kräftigsten, vorgetragenen Fälle waren folgende: In einem Strohhaus schliefen ein 16jähriger Knecht und dessen Mutter, sowie ein 20jähriger Knecht, der zugleich der Geliebte der Frau war, in einem Bett; in einem anderen mußten ein Knecht und zwei Mägde zusammen ein Bett teilen, in dem die zweite Magd am Fußende quer lag. Die Mehrheit des Bezirksausschusses lehnte den Antrag ab und sah in ihm, wie Kammerherr Sahrer v. Sahr

heraus, nur ein „Misstrauensvotum gegen die ländlichen Arbeitgeber“. Darauf erklärte Amtshauptmann Dr. Wach, daß die Amtshauptmannschaft die Regelung der Angelegenheit nunmehr selbständig vornehmen müsse.

Der Ersten sächsischen Kammer gehören ein paar Herren Sahrer v. Sahr als Mitglieder an, darunter auch ein Kammerherr Sahrer v. Sahr auf Dahlen. Der letztere scheint der „ländliche Arbeitgeber“ zu sein, der im Oschager Bezirksausschuß es als Misstrauensvotum empfindet, wenn die Behörde die grauhaftesten sittlichen Zustände auf den Gütern der Agrarier beseitigen will, die dort aus verbrecherischer Habgucht eingerissen sind. Vielleicht erlebt man noch, daß die Herren v. Sahr im sächsischen Herrenhause solche Zustände verteidigen und Klagen gegen die Behörden organisieren, die dagegen einschreiten.

Auch die Kohlen werden teurer!

Bei der Auswucherung der breiten Konsumentenmassen haben sich von jeher die Schlotbarone und die Krautjunker gegenseitig in die Hände gearbeitet. Dafür, daß die Großkapitalisten die Sunker bei ihrer agrarischen Hochschuttpolitik unterstützten, zeigten sich die Agrarier erkenntlich, indem sie eine Anzahl von Zöllen auf Produkte und Industrieerzeugnisse durchsetzen ließen, an denen die Großkapitalisten gelegen war. So wurden die Volksmassen von allen Seiten geschoren und ausgepreßt. Jetzt heimlich die Agrarier extra große Profite ein, weil die Fleisch- und Viehpreise eine ganz besonders unheilvolle Höhe erreicht haben. Die Not aller ärmeren Volkskreise, sollte man meinen, ist dadurch schon groß genug geworden. Die Kohlenbarone sind anderer Meinung. Sie schicken sich an, ebenfalls ihr Schicksal extra zu scheren. Eine Erhöhung der Kohlenpreise wird in Aussicht gestellt. Es finden darüber gegenwärtig in Schlesien zwischen Grubenbesitzern der ober-schlesischen Steinkohlenwerke Verhandlungen statt. Spätestens zum 1. Januar sollen die Preise um eine Mark für die Tonne erhöht werden. Daß sich die westdeutschen Kohlenwerke diesem Vorgehen anschließen werden, kann als sicher gelten. So sieht den armen Leuten in Aussicht, daß sie sich nicht nur nicht kaltes Wasser trinken können, sondern daß sie auch im nächsten Winter noch mehr frieren müssen als bisher. Ihre Geduld wird wahrlich auf eine harte Probe gestellt. Wenn die Regierungen sich nicht endlich dazu entschließen, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der schamlosen Auswucherung der Volksmassen entgegenzuwirken, dürfen sie sich wirklich nicht wundern, wenn sie noch sehr unangenehme Überraschungen erleben.

Das Fiasko der Blau-Schwarzen.

Im Jahre 1909 beschloßen die blau-schwarzen Parteien bekanntlich neben anderen indirekten Steuern die Einführung des Wertzoll auf Tabak. Welches Unheil sie mit dieser Finanzpolitik angerichtet haben, geht aus folgenden Auslassungen der „Südd. Tabakztg.“ hervor:

Der Rückgang, den seit 1909, das ist seit der Einführung des Wertzoll auf ausländischen Rohtabak, die Einnahmen aus der Tabaksteuer — also aus der Steuer von deutschem Rohtabak — aufweisen, setzt sich im laufenden Jahre fort: in den Monaten April bis Juli dieses Jahres wurden nur 3 097 600 Mark vereinnahmt gegen 3 403 000 Mark gleichzeitig im Jahre 1911. Seit 1909 wird deutscher Rohtabak in der Tabak- und Zigarrenindustrie von Jahr zu Jahr in immer geringerer Menge verwendet und dementsprechend vermindert sich schließlich auch der einheimische Tabakbau. An Stelle des deutschen Rohtabaks scheint in der Zigarrenfabrikation mehr und mehr billiger ausländischer Rohtabak (Domingo usw.) zu treten, der durch den Wertzoll nur wenig belastet wird. Fern durch den im Jahre 1909 eingeführten 40prozentigen Wertzoll auf ausländischen Rohtabak dem inländischen Tabakbau ein höherer Schutz gewährt werden sollte, so ist inzwischen genau das Gegenteil von dem erreicht worden, was die Väter des Wertzoll bezweckt haben. Der einheimische Rohtabak hat heute unter einer viel schärferen Konkurrenz des ausländischen Gewächses zu leiden als vor 1909 und die Folge hiervon wird wahrscheinlich ein anhaltender Rückgang des Tabakbaues in Deutschland sein.

Die Tabakbauer mögen sich bei den Machern der samojen Reichsfinanzreform von 1909 bedanken.

Dem „freieren Geiste“ Süddeutschlands.

Unter dem klerikalen Ministerium Hertlings wird in Bayern gegen Sozialdemokratie daselbe Verbot angewendet wie unter der früheren Regierung: In öffentliche Ämter werden sie nicht zugelassen! Also genau so wie in Preußen.

Man erinnert sich noch, daß im Herbst vorigen Jahres der in Athenios bei Bayern als Beigeordneter (zweiter Bürgermeister) gewählte Genosse Hübner nicht bestätigt wurde, weil er Sozialdemokrat ist. Nach vielem Hin und Her wurde nun kürzlich der Meurerpolier Schönbauer in die nämliche Stelle gewählt. Nach der Wahl wurde er vor das Bezirksamt zitiert und gefragt, welcher politischen Gesinnung er huldige. Er verweigerte die Antwort, worauf er entlassen wurde. Dieser Tage erhielt er nun vom Bezirksamt ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wird, daß seiner Wahl die Bestätigung nicht erteilt werden könne, weil er nach den gesetzlichen Bestimmungen im Jahre 1902 (also vor 10 Jahren) bei der Gründung eines sozialdemokratischen Vereins in Heimerstreu mitgewirkt und auch bis 1904 den Posten eines ersten Schriftführers im genannten Verein bekleidet, ferner 1904 in Athenios selbst einen sozialdemokratischen Verein ins Leben gerufen und mehrere Jahre als erster Vorsitzender geleitet habe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Aus Ihrer Bestätigung hängt die Gründung der genannten beiden Vereine und aus der Übernahme und mehrjährigen Verhütung von Vertrauensposten in diesen Vereinen ergibt sich, daß Sie ausgesprochen und nicht verheimlicht Anhänger der sozialdemokratischen Lehre sind, was Sie wohl selbst am wenigsten bestritten werden. Der Wahl zulässiger Anhänger der sozialdemokratischen Partei zu Bürgermeistern oder Beigeordneten kann aber mit Rücksicht auf die mit diesen Ämtern verbundenen öffentlichen Funktionen bei der grundsätzlichen Stellung dieser

Partei zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht die Bestätigung erteilt werden.“

Auch dieser neue Akt der Sozialistenvernichtung im schwarzen Bayernlande wird seine guten Früchte tragen, insofern er nämlich hoffentlich wiederum einer Anzahl Genossen die Augen öffnet und ihr Vertrauen auf die „verbrieften Rechte“ zerstört.

Landwirtschaftskammern vor die Front!

Im pfälzischen „Reichsboten“ wird eine Zuschrift veröffentlicht, deren Verfasser von den „Aufklärungen“, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über die Fleischnot gegeben hat, förmlich begeistert ist. Diese Aufklärung genügt ihm aber noch nicht, weil er vermutlich weiß, daß den Gemeinen des Kanzlerblattes in den weitesten Kreisen des Volkes kein Glauben beigegeben wird, und deshalb empfiehlt er, daß die Landwirtschaftskammern für weitere „Aufklärung“ sorgen sollen. Er meint, daß den Kammern mehr geglaubt würde, weil es sich um amtliche Vertretungen der deutschen Landwirte handele. Als ob man nicht wüßte, daß in den Landwirtschaftskammern eben gerade die Agrarier, die dem Volke jeden Bißchen Brot verteuern, der tonangebende Faktor sind. Die „großzügige Aufklärungsarbeit“ soll gemacht werden durch Inzerate in der Presse, sodann aber durch vollständig gehaltene und allgemein verständliche Flugblätter, die in jede Haushaltung getragen werden müßten. Durchschlagenden Erfolg verspricht sich der Mitarbeiter des „Reichsboten“ allerdings auch nicht. Eine leise Ahnung scheint ihm zu sagen, daß den Landwirtschaftskammern noch viel weniger geglaubt wird, als wie dem Organ des Reichsanwalters; aber er meint, wenn diese Arbeit in gewissen Abständen wiederholt wird, könne sie nicht ohne Erfolg bleiben. — Die Landwirtschaftskammern werden sich natürlich hüten, auf das Eis zu gehen, und so wird die Sehnsucht des Mitarbeiters des „Reichsboten“ ungestillt bleiben müssen.

Wut und Entsetzen

hat sich der großnationalen Presse bemächtigt. Ist da im vorigen Jahre in Hannover ein Hannoverischer Kriegerverein gegründet worden, der bereits in der Provinz zahlreiche Zweigvereine besitzt. Ein Kriegerverein muß natürlich auch Sedan feiern, so auch der Hannoverische Kriegerverein. Aber sein Festprogramm weicht ganz merklich ab von dem sonst üblichen Sedan-geplär. Das Programm enthält folgende Nummer:

„Großes Schlachtdrama lebender Bilder im Freien mit bengalischer Beleuchtung und Schlachtfeldfeuer.“

1. Bild, 1864: „Kein Par don“. Sieben preußische Husaren stellen einen Dänen, welcher bereits verwundet und der rechten Hand beraubt, sich mit dem Säbel in der Linken noch verteidigt, aber von hinten niedergeschlagen wird. Historisch!

2. Bild, 1866: „Der Heldentod des Rittmeisters v. Einem“ in der Schlacht bei Langensalza. Der zum Tode verwundete Rittmeister wird von einem preußischen Infanteristen mit dem Bajonett durchbohrt. Historisch!

3. Bild, 1870: „Der Abschied“. Ein alter Landwehrmann nimmt von seiner Familie Abschied. Der einzige Sohn von seinem alten Mütterchen. Im Hintergrund die erhellte Kirche, welche zum Gebet in der Heimat läutet.“

Diese drei Programmpunkte sind es, welche die Wut und das Entsetzen der nationalen Presse entfacht haben. Ein Kriegerverein, der die preußischen Kämpfer von 1864 und 1866 durch lebende Bilder verunglimpft, jagen sie — Unerhör! Jeder anständige Mensch müßte aus diesem Kriegerverein heraus. Und da die Gründer und Leiter des Vereins Weisjen sind, so sei damit auch zugleich „die Gefährlichkeit der welfischen Wühlarbeit wieder einmal deutlich erwiesen.“

Zu den Bildern meint die nationale Presse, das erste sei „wohl“ Phantasie, die Sache mit dem zweiten verhalte sich so: Rittmeister v. Einem war mit seiner Schwadron in eine preußische Batterie eingetrochen und wurde, da er sich nicht ergeben wollte, von einem Kanonier mit dem Fälschmesser aus dem Sattel gestoßen. Er sei im ehrlichen Kampf, nicht als Verwundeter durch Grausamkeit des Feindes gefallen.

Das ist die Darstellung der nationalen Presse; wer recht hat, wissen wir nicht. Aber das wissen wir, daß auch nach der Darstellung der nationalen Presse noch Grausamkeit genug verbleibt, um Abscheu gegen die Kriege zu erwecken. Ein Kriegerverein, der das tut, erfüllt jedenfalls eine höhere Kulturaufgabe, als die die Massenblätereien verherrlichenden Kriegervereine.

Die Reichstagswahlwahl in Schlettstadt.

Am 16. September findet im Wahlkreis Schlettstadt die Erntewahl für den verstorbenen Zentrumsgewählten Dr. Will statt. Von linksseitiger Seite ist bekanntlich der Zentrumsmann Dr. Hegg aufgestellt, für die Sozialdemokratie kandidiert Genosse Imbs, und nun haben auch noch die Fortschrittler einen eigenen Kandidaten aufgestellt in der Person des Weingutsbesizers Andlauer. Besondere Geschäfte dürften die Fortschrittler mit ihrer Kandidatur kaum machen, denn der Wahlkreis muß zunächst noch als eine Domäne des Zentrums angesehen werden. Bei der letzten Wahl fanden sich nur der Zentrumsmann und unter Kandidat gegenüber; der Zentrumsmann erhielt 839, der Sozialdemokrat 4065 Stimmen.

Juden als Offiziere.

Der bayerische Kriegsminister erklärte am Mittwoch auf eine Anfrage in der bayerischen Abgeordnetenkammer, daß kein prinzipielles Hindernis für Israeliten bestünde, im bayerischen Offizierskorps aufgenommen zu werden. Gegenwärtig seien 88 jüdische Offiziere und 193 Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenlandes vorhanden.

Sozialdemokratische Steuerungs-Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat dort folgende Interpellation eingebracht: Eine Überlebensfrage fast aller unentbehrlichen Nahrungsmittel hat, wie im übrigen Deutschland, so auch in Bayern Platz gegriffen. Für die Gesundheitsverhältnisse

der Bevölkerung sind angefaßt, der in manchen Volksteilen bereits bestehenden und amtlich nachgewiesenen Unterernährung die schlimmsten Folgen zu befürchten. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um Abhilfe zu schaffen?

Eine neue Gewerbeordnungsnovelle

kündigen die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ an:

„In den zuständigen Stellen finden Erwägungen über die Änderungen einzelner Bestimmungen der Gewerbeordnung statt, so zwecks Verringerung der Anmierzinsen, zwecks Regelung des Waffensentragens, zwecks Erweiterung der Konzessionspflicht auf neue Gewerbebetriebe u. a. m. Ob diese Erwägungen zu positiven Vorschlägen führen werden, und ob im letzteren Falle die Formulierung der betreffenden Gewerbeordnungsnovelle sich so zeitig bewirken lassen, daß diese noch im nächsten Tagungsabschnitt dem Reichstage wird unterbreitet werden können, steht dahin.“

Versteuerepläne zur Auswahl.

Anscheinend offiziellen Ursprungs ist folgende Mitteilung:

„Das Reichsfinanzamt wird zur Lösung der Besteuerungsfrage den verbündeten Regierungen eine Anzahl von Steuerplänen zur Auswahl vorlegen. Die Ausarbeitung der für den Reichstag bestimmten Vorlagen wird erst erfolgen, sobald die Regierungen ihre Wahl getroffen haben, eine Entscheidung, der im Bundesrat lange und erregte Auseinandersetzungen vorangehen werden. Auf welche Steuer sich eine Mehrheit vereinigen wird, läßt sich einstweilen nur vermuten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es nicht die Erbschaftsteuer, sondern eine Vermögenssteuer sein wird.“

Von erheblicher Bedeutung wird die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage sein. Die jetzige unter Hertlings Leitung dürfte eher für eine Vermögenssteuer, als für die Erbschaftsteuer zu haben sein.

Türkei.

Eine Verschwörung? In der Nacht zum Donnerstag ist, nach offizieller Meldung aus Konstantinopel bei den Gendarmen einiger in den Stadtteilen Galata und Kassiin Pascha garnisonierender Truppenteile eine Meuterei ausgebrochen. Der Versuch ist jedoch vollkommen fehlschlagen. Die Bewegung brach kurz nach Mitternacht los. Einzelheiten über die Ereignisse sind noch unbekannt, da die Kommandantur alle näheren Nachrichten verweigert. Ausgebreitete Schußmaßnahmen sind getroffen worden. Infanterie und Kavallerie sind nach den wichtigsten Punkten Konstantinopels entsandt worden. Eine Kavalleriepatrouille bewacht die Banque Ottomane. Auch alle andern Banken werden bewacht. Donnerstag morgen herrschte in der ganzen Stadt wieder vollständige Ruhe. Vor dem Kriegsministerium stehen drei Schwadronen Kavallerie. Von dem Kriegsministerium wurde die Auskunft erteilt, daß bei dem Zwischenfall sich die Truppe der Regierungstruppen erwiesen habe und die Meuterei angeblich von der jungtürkischen Partei angezettelt worden sei. „Ikdan“ macht in einer Sonderausgabe von dem „Zwischenfall“ Mitteilung und sagt, die Gendarmen hätten eine Kundgebung gegen die Regierung beabsichtigt. Die Regierung würde die Schuldigen streng bestrafen. — Die Unteruchung der nächtlichen Zwischenfälle wird durch eine Sonderkommission geführt. Einer Version zufolge haben drei Gendarmeooffiziere und etwa 50 Gendarmen regierungsfeindliche Kundgebungen unternommen, um Unruhen hervorzurufen. Alle sind verhaftet und dem Kriegsgericht zugeführt worden. — Inzwischen arbeitet aber schon die Beschwichtigungsmaschine, wie aus folgender offizieller Meldung hervorgeht: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es bei den Vorfällen in der vergangenen Nacht um einen falschen Alarm handelte, hervorgerufen durch unrichtige Informationen der Polizeidirektion, welche die Ankunft eines Zuges Soldaten signalisierte. Wenigstens handelt es sich, dem offiziellen Communiqué zufolge, nicht um eine Demonstration von Gendarmen. Die oben bezeichneten Soldaten waren vom Munitionsdepot Karagatsch zurückgekehrt, um von anderen Soldaten abgelöst zu werden. Der Irrtum wurde bald erkannt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 30. August.

Mit der herrschenden Fleisch- und Lebensmittelteuerung wird sich demnächst die Lübecker Bevölkerung zu beschäftigen haben. Der Zeitpunkt der Versammlung und der Referent werden noch näher bekannt gegeben.

Die diesjährige Laßalle-Feier findet morgen abend im Gewerkschaftshause statt. Alle Vorbereitungen sind getroffen, um sie zu einer würdigen und die Teilnehmer sehr befriedigenden zu gestalten. Kein Parteigenosse sollte versäumen, ihr beizuwohnen.

Weiter geht's nimmer. Man sollte es nicht für möglich halten, wenn man es nicht mit eigenen Augen läse, was die bürgerliche Presse an erster Stelle dem bestürzten Volk zu melden hat: Wilhelm II. hat einen Schnupfen. Zwar ist er nicht schlimm, die Temperatur ist mäßig, aber er hat wirklich und wahrhaftig in diesen Tagen einen wirklichen und wahrhaftigen Schnupfen. Heiße Gebete schicke man zum Himmel, daß die kaiserliche Nase wieder in die Reihe komme. Und um diese Neugier zu verbreiten, spielen tausende Telegraphenapparate; das wird einem in Zeitdruck so oft und langatmig unter Mitteilung der kleinsten Details unter die Nase gehalten, daß man bald selbst einen Schnupfen bekommt. So läßt sich die bürgerliche Presse von Kassel melden:

Heute hat der Kaiser bereits einige Stunden außerhalb des Bettes verbracht und gearbeitet.

Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise wohnen heute abend im Kasserer Hoftheater der Wiederholung des Lustspiels „Gusarenliebe“ bei.

Der Kaiser unternahm mit der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise einen Spazierritt nach dem Wilhelmshöher Park und von dort nach dem „Pferdes“. Von hier ging es durch das Drujelstal zum Schloß zurück. Heute

nachmittag ist wieder ein Automobil-Ausflug vorge-
sehen.

Wir fragen: Gehört es wirklich zu den Aufgaben bür-
gerlicher Volkserziehung, solche Missetaten zu verurteilen?
Hat man gar kein Gefühl mehr für Manneswürde? Kann
es Aufrechterhalten geben, als diese albernsten Pressenachrichten
in einer Zeit, wo Tausende auf der Walfahrt der Arbeit
schweres Siechtum und Tod erleiden, ohne daß ein Hahn
danach kräht, wo erbitterte Kämpfe stattfinden müssen, um
nach ernstlichen Unfällen eine kümmerliche Rente zu erwirken,
wo wir nach einer guten Ernte in einer grauenhaften Hun-
gersnot sterben durch Verschulden der Regierung, die die
Hand nicht rührt?

Das sind einfach widerliche Zustände, die an die schlim-
sten Zeiten des Altertums erinnern, wo Kaiser zu Göttern
gemacht wurden. Hat man in Deutschland jedes Gefühl für
den Ernst der Lage und für politische Würde verloren, daß
sich außer bei den Sozialdemokraten keine Hand rührt, um
diese byzantinische Art bürgerlicher Berichterstattung gebüh-
rend zu kennzeichnen?

**Zum 25-jährigen Jubiläum des Gesangsvereins
"Eiche"** wird uns geschrieben: So mancher ältere Parteigenosse
wird noch oftmals an die Zeit zurückdenken, in der man
versuchte, mittels des Sozialistengesetzes das Vereins-
leben der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Wenn es den da-
maligen Machthabern auch gelang, unsere politische Organi-
sation in der öffentlichen Werberarbeit zu hindern, so hatten sie
doch nicht mit der zähen Ausdauer der Parteigenossen ge-
rechnet, welche, wenn auch oftmals unter schweren Opfern,
es verstanden, trotz aller Polizeiwilktür, den Gedanken des
Sozialismus in immer weitere Köpfe zu tragen. Aber damit
noch nicht genug, wollte man den damaligen Gewerkschaften
ebenfalls den Garaus machen. Weil dieselben noch im
Entstehen begriffen waren, gelang das leider
auch zum Teil, je nachdem, wie in den
einzelnen Bundesstaaten die Machtmittel der Polizei in
Anwendung gebracht wurden. Entweder wurden die Vereine
aufgelöst oder die Versammlungen verboten und wo die-
selben stattfanden, nur unter polizeilicher Bewachung. In
Lübeck wurden die Gewerkschaften im Gegensatz zu Preußen
noch ziemlich tolerant behandelt, aber man wollte auch nicht
ganz zurückstehen. Im Jahre 1887 wurden kurzerhand die
Versammlungen der Maurer verboten. Man glaubte jeden-
falls, weil die Organisation der Maurer von jeher in poli-
tischer Beziehung etwas "anrüchig" war, dieselbe durch diese
Maßnahmen zu zertrümmern, aber man irrte sich, denn
eine schon damals gut gefestigte Organisation ließ sich durch
derartige Mittel nicht beseitigen. Wie das Verbot bekannt
wurde, wurden natürlich gleich Vorkehrungen ge-
troffen, dieselbe illusorisch zu machen. Man einigte sich
dahin, einen Gesangsverein aus den Reihen der Mitglieder
ins Leben zu rufen mit dem Namen "Gesangszirkel der
Maurer Lübecks". Unter diesem Deckmantel wurden dann
Versammlungen abgehalten und Beiträge kassiert. Es ging
ganz gut, denn um die Gesangsstunde, welche bei dem frü-
heren Wirt Roslein in Finkenhausen im Hinterhöfchen abge-
halten wurde, kümmerte sich die Polizeibehörde nicht, glaubte
sie doch auch nicht, daß dort verbotene Sachen behandelt
würden. Das Versammlungsverbot dauerte nur eine kurze
Zeit, zirka ein viertel Jahr, aber ohne polizeiliche Bewachung
der Versammlungen konnte es bis zum Fall des Schand-
gesetzes doch nicht abgehen und Herr Dobberstein, welcher
uns gewöhnlich in den Versammlungen Gesellschaft leistete,
ward manchen Rapport über die revolutionären Maurer ab-
gegeben haben. Der Gesangsverein der Maurer, welcher ge-
wissermaßen als Stammsänger der Organisation angesehen
werden kann, besteht heute noch, und mehrere von den da-
maligen Sängern sind noch als gute Kämpfer in unserer
Organisation vertreten! Auch diejenigen, welche als Lehrer
und Dirigent mitwirkten, seien hier erinnert. Es sind dies die
Herren Bach, der drei Jahre den Posten inne hatte, Leske
sechs Jahre, und der Genosse Bartels, der jegliche Dirigent,
der sein Amt vor 16 Jahren antrat. Wenn auch unsere
Organisation in den 25 Jahren mehreren Reformierungen
unterworfen wurde und dabei der Gesangsverein auf den
Namen "Eiche" getauft ist, so entbietet der mit dem Gesang-
verein am engsten verknüpfte Bauarbeiterverband zum Jubili-
äumfest am Sonntag, dem 1. September, die besten Grüße
und spricht zu gleicher Zeit den Wunsch aus, es möge der-
selbe Geist, daselbe Zusammengehörigkeitsgefühl unter den
Gesangsvereinsmitgliedern bestehen bleiben, wie ehemals. Des
weiteren kann noch an dieser Stelle mitgeteilt werden, daß
die meisten Gesangsvereine von Lübeck und Umgegend durch
Gesangsvorträge das Jubiläumfest, welches am kommenden
Sonntag stattfindet, verschönern helfen und haben somit alle
Teilnehmer genüßreiche und frohe Stunden zu erwarten.

Was geschieht mit den unbestellbaren Postsendungen?
Unbestellbare Postsendungen werden nötigenfalls bekanntlich
von der Post geöffnet, um sie dem Absender zurückgeben zu
können. Diese Öffnung geschieht nicht durch beliebige Ämter
oder Beamte. Es besteht vielmehr bei jeder Oberpostdirek-
tion ein besonderer Ausschuss für unbestellbare Postsendun-
gen. Von der Arbeit dieser Dienststelle gibt jetzt ein an-
schauliches Bild eine neue Geschäftsanweisung für die Aus-
schüsse, die vom Reichspostamt erlassen und am 1. September
in Kraft treten wird. Zwischen 4 und 5 Millionen Sen-
dungen werden jetzt jährlich diesen Ausschüssen überwiesen.
Ungefähr bei der Hälfte kann der Absender ermittelt werden.
Bei den Geschäften des Ausschusses müssen mindestens zwei
Mitglieder zugegen sein. Wert- und Einschreibebriefe sowie
Briefe aus dem Briefkasten sind unverzüglich, die übrigen
Sendungen binnen drei Tagen zu bearbeiten. Bei allen
Sendungen wird erst nachgeprüft, ob sie ordnungsmäßig be-
fordert und behandelt worden sind. Briefe sind mit der
Schere aufzuschneiden. Der Absender wird bekanntlich mit
roter Tinte auf die Außenseite der Sendung geschrieben.
Einlagen von Wert wie Zeugnisse, Urkunden, Wertpapiere,
Geld usw. werden auf der Sendung vermerkt. Die Briefe
werden wieder mit dem Siegel der Oberpostdirektion ver-
schlossen. Sendungen ohne Wert werden 3 Monate aufbe-
wahrt und dann verbrannt. Der Inhalt der Pakete wird
versteigert. Alles unanbringliche Eigentum wird der Post-
unterstützungskasse überwiesen.

Der Drache steigt. Lustig pfeift der Wind über Stoppel-
feld, über Wiese und Heide, über brachliegende Hauptplätze,
die den Kindern zum Spielen dienen. Nicht jedermann ist
sonderlich von seinem Lofen erbauet, aber die Kinderwelt be-
gibt ihn freudig, denn er ist ihr fester und unentbehrlicher
Freund beim Drachensiegen, dem köstlichen Bergspiel, das
nach der schönen Ferienzeit die Schulpflichten verjagt. Die
Kinder wissen nichts von Flugtechnik, es ist ihnen, wenn sie
noch rechte Kinder sind, auch gleichgültig, ob ihr Spiel zeit-
gemäß ist oder nicht; sie lassen ihre Drachen steigen, weil es
ihnen Spaß macht. Jedes Material dazu ist ihnen will-
kommen, wenn es nur fliegt. Ein einfacher Bogen Zeitungspapier
mit gewöhnlichem Papierstreifen und einem oft zu-
sammengeknöteten Bindfaden, der nichts weniger wie schon
ausreicht, erzeugt trotzdem den Reiz eines kleinen Spiel-
lameraden, der einen hundertmalen Windvogel mit far-
bigem, üppigem Schweif sein eigen nennt, denn sein Pracht-
stück weigert sich, andauernd zu fliegen, während das Zeit-
ungspapier siegesbewußt in die Lüfte steigt. Der Kleine
macht hier seine ersten praktischen Erfahrungen von der
Wahrheit, daß nicht alles Gold ist, was glänzt, und daß das

Schicksal scheinbare Ungerechtigkeiten des Lebens auf seine
Art wieder ausgleicht. Man findet aber auch unter den
"Missetätern" wahre Künstler, die sich mit großem Geschick
eigenhändig zierliche Modelle kleiner Ballons mit daran-
hängender Gondel, Miniaturperlevais und Zeppelins herge-
stellt haben und mit Sorgfalt den Start vorbereiten. Die
Drachenzugzeit hat kaum erst begonnen, und doch sieht man hier
und da auf Gartenzäunen und Dächern und Telegraphen-
drähten Drachenschiffen, deren papierene Überreste melanc-
holisch im Winde flattern. — Wir wollen nicht unterlassen,
die kleine Welt darauf aufmerksam zu machen, daß, wer
seinen Drachen in die Telegraphendrähte jagt, leicht üble
Bekanntschaft mit der Polizei schliefen kann. Um dies zu
vermeiden, gehe man den Drähten so weit wie möglich aus
dem Wege.

Hamburger Diebstahl in Lübeck. Ein Quantum Roh-
gummi, welches aus der Deichstraße 40 in Hamburg ent-
nommen worden ist, soll nach einer am Donnerstag nachmittag
in Hamburg eingegangenen Meldung auf dem Bahnhof in
Lübeck beschlagnahmt worden sein. Die Sendung war unter
der Bezeichnung Felle auf die Bahn gegeben. Beim Ver-
laden in Lübeck wurden Bahnbeamte auf die falsche In-
haltsbezeichnung aufmerksam und erstatteten sofort Anzeige.
Ein Hamburger Beamter ist sogleich nach Lübeck abge-
fahren, um festzustellen, ob es sich wirklich um das Ham-
burger Diebstahl handelt.

Katefana. Achtung, Parteigenossen! Es wird
hiermit darauf hingewiesen, daß die Parteiversammlung am
Sonntag, dem 1. September, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale
der Ww. Kopp stattfindet. Da die Lageordnung eine reich-
haltige ist, u. a. auch die Berichterstattung von der Generals-
versammlung in Rensfeld erfolgen soll, ist das Erscheinen
aller Genossen notwendig.

Hamburg. Die Ehre des Streikbrecher-
agenten. In Nr. 178 des "Hamburger Echo" wurde fol-
gendes Rundschreiben veröffentlicht, das der Kaufmann und
Streikbrechermittler Hesperg in Blankenese an
eine ganze Reihe größerer Firmen Deutschlands ver-
schickt hat:

Ergebenst beziehnehmend auf die zeitweilige auftretenden
Lohnbewegungen in den verschiedenen Industrien sowie
der von der freigewerkschaftlichen Organisation betriebenen
Lohnstreikerei, erlaube ich mir, Ihnen meine Dienste
zur Verrichtung von Arbeitswilligen bei einem etwa
ausbrechenden Streik der Arbeiter in Ihrem Betriebe an-
zubieten.

Ich war bereits für viele in- und ausländische Ar-
beitgeberverbände, industrielle Werke und staatliche Be-
triebe bei ausgebrochenen Streiks mit der Bestellung von
Arbeitswilligen betraut, worüber mir beste Referenzen
und behördlich beglaubigte Zeugnisse zur Seite
stehen.

Bei einem eventuell ausbrechenden Streik in Ihrem
Betriebe bin ich in der Lage, innerhalb 24 bis 48 Stunden
bis zu 2000 arbeitswillige Arbeiter, Maschinisten, Heizer,
Elektriker usw., zu stellen.

Sollten Sie auf mein Angebot reflektieren und sich
für die Zukunft auf diese Weise sichern wollen, so ist wegen
der Abschließung eines solchen Vertrages eine persönliche
Unterredung unbedingt erforderlich und erbitte ich mich,
sobald mich eine Reise in Ihre Gegend führt, auf Wunsch
bei Ihnen vorzusprechen und diesbezüglich mit Ihnen Rück-
sprache zu nehmen.

Zahlreiche Staatsbetriebe sowie Weltfirmen haben
solche Verträge für die Zukunft abgeschlossen, damit, wenn
ein Streik an diese herantritt, sie dann gesichert sind.

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Anzahl An-
erkennungsschreiben über bisher ausgeführte Aufträge.

Im Anschluß an dieses Rundschreiben war das Ver-
halten des Streikbrecheragenten Hesperg in gebührender
Weise charakterisiert worden. Durch einige scharfe Ausdrücke
fühlte sich Hesperg aber beleidigt und ließ zum Radi. Die
Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur
des "Echo", Genossen Döring, fand gestern vor dem
Schöffengericht in Blankenese statt. Der Vertreter
des Angeklagten machte geltend, ein wie gefährliches Element
die Streikbrecher für den Kampf der organisierten Arbeit-
erschaft bedeuten. Der Redakteur eines Arbeiterblattes handle
durchaus in Wahrung berechtigter Interessen, wenn er mit
aller Schärfe den Vermittlern dieser Schädlinge für die Ar-
beiterbewegung entgegenträte. Die scharfen Ausdrücke seien
selbstverständlich nicht persönlich auf den Kaufmann Hesperg
gemünzt, sondern sollten sich nur gegen die Streikbrecher-
mittler im allgemeinen wenden. Genosse Döring machte im
Hinblick auf ein Rundschreiben des Hamburgischen Verbandes
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch geltend, wie
gering selbst auf gegnerischer Seite die Arbeitswilligen ein-
geschätzt wurden. Das Gericht jedoch war der Meinung, daß
der Angeklagte zwar sachlich berechtigt gewesen sein mochte,
die Streikbrechermittler zu bekämpfen; formell sei er aber
weit über das Maß der berechtigten Interessen hinausge-
gangen. Die scharfen Ausdrücke, die zweifellos mit bezug
auf den Kläger gemacht waren, zeigten die Absicht der Be-
leidigung (!) Das Urteil lautete auf 200 Mark Geld-
strafe. Die höhere Instanz wird das Urteil nachzuprüfen
haben.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch
eine Ferienkündigung abgehalten. Unsere Genossen hatten einen
Dringlichkeitsantrag eingebracht: In Anbetracht der Leue-
rung die Deputation wegen besserer Versorgung
der Bevölkerung mit Lebensmitteln mit einem
Vertrag zu beauftragen, welche Maßnahmen zu treffen sind,
um der Preissteigerung entgegenzutreten. Genosse Henke be-
gründete den Antrag, besonders darauf hinweisend, daß eine
Bremser Firma gestorene Hammel für andere Städte aus
Australien lieferte, während die Stadt Bremen leider keinen
Gebrauch von dem Angebot der Firma gemacht habe. Die
Liberalen hatten ebenfalls einen Antrag eingebracht:
Der Senat möge beim Bundesrat dahin wirken, angesichts
der stetig steigenden Fleischpreise die Zufuhr ausländischen
Fleisches zu erleichtern. Unser Redner erklärte, daß er auch
für diesen Antrag stimmen werde, aber angesichts der ableh-
nenden Haltung der Reichsregierung müsse es den Kom-
munalverwaltungen zur dringenden Pflicht gemacht werden,
die Bevölkerung mit billigerem Fleisch zu versorgen. Es
herrschte in der Bürgerschaft eine Einmütigkeit in dieser
Frage, wie wir sie noch nie erlebt haben. Die Agrarier
hatten sich gedrückt und so wurden beide Anträge, der sozial-
demokratische und der liberale, ohne Widerspruch ange-
nommen. Eine lebhafteste Debatte gab es noch bei der Ver-
pachtung des Livoli-Theaters an den früheren
Besitzer. Der Herr war in Finanzschwierigkeiten gekommen;
der Staat kaufte das Theater mit der Absicht, ein Schau-
spielhaus daraus zu machen. Doch die Sache war nicht
durchführbar und so ist das Livoli ein besseres Spezialitäten-
Theater, Operetten usw. geblieben. Der frühere Besitzer ist
jetzt Wächter geworden.

Bremen. Verdienter Lohn darf wegen so-
fortiger Entlassung nicht abgezogen werden.
Eine Bremer Firma hatte in ihre Arbeitsordnung folgenden
Passus aufgenommen: Wer ohne genügende Entschuldigung
mehr als drei Tage ausbleibt, verliert das Recht auf Weiter-
beschäftigung und gilt als widerrechtlich aus dem Arbeits-
verhältnis ausgeschieden. In diesem Falle wird überhaupt in

jedem Falle der rechtswidrigen Auflösung ohne Einhalten
der Kündigungszeit durch den Arbeiter vermindert letzterer den
rückständigen Lohn bis zum Betrage eines durchschnittlichen
Wochenlohnes zugunsten der Krankenkasse des Betriebes. Auf
Grund dieser Bestimmung behielt die Firma den verdienten
Lohn der letzten Woche ein, weil der betreffende Arbeiter
wegen angeblicher Geborjamsverweigerung entlassen worden
war. Das Gewerbegericht Bremen hielt aber die Einbehal-
tung des Lohnes für unstatthaft und verurteilte die Firma
zur Herauszahlung des Betrages. In der Begründung heißt
es: Die betreffende Bestimmung der Arbeitsordnung, die sich
dem § 134 der Gewerbeordnung anschließt, betrifft nur die
Fälle, in denen der Arbeiter selbst rechtswidrig vorzeitig
seinen Vertrag löst, nicht aber solche, in denen der Arbeiter
durch sein Verhalten dem Arbeitgeber ein Recht zur fristlosen
Kündigung gibt. Wenn also Kläger wirklich einen Grund
zur Entlassung gegeben haben sollte, so wird dieser Fall nicht
durch § 134 und die Arbeitsordnung getroffen.

Bremen. Raubverbrechen. Ein merkwürdig aus-
sehender junger Mann kam seit einigen Abenden in ein im
Zentrum der Stadt gelegenes Bankgeschäft, um angeblich
einen Zwanzigrubelschein wechseln zu lassen. Das Benehmen
des Mannes, der bei seinen Besuchen stets eine blaue Brille
trug und erst erschien, nachdem die Angestellten die Kontor-
räume verlassen hatten, kam dem schon sehr bejahrten Ge-
schäftsinhaber so auffällig vor, daß er sich entschloß, die Po-
lizei zu benachrichtigen. Mittwochsabend, kurz nach 8 Uhr,
betrat der Unbekannte wieder das Bankgeschäft, in dem nur
der Geschäftsführer anwesend war, und versuchte sofort, in
den hinter den Tresen gelegenen und mit einem Gitter ver-
sehenen sogenannten Kassenraum, in dem sich auch der Ge-
schäftsinhaber befand, einzudringen. Als kaum eine halbe Mi-
nute später auch ein Kriminalbeamter das Bankhaus betrat
und sich dem Unbekannten gegenüber, der wieder, um sich
unkennlich zu machen, eine blaue Brille trug, legitimierte,
zog letzterer sofort einen scharf geladenen Revolver aus seiner
Taschentasche und richtete die Waffe auf den Beamten. Nur
durch sofortiges energisches Eingreifen hat der Beamte sein
und das Leben des Geschäftsinhabers gerettet. Erst nach
heftigem Kampfe ist es dem Beamten gelungen, dem Unbe-
kannten die Waffe zu entwenden. Der erst 17 Jahre alte
Böjewicht, in dessen Behausung auch eine schwarze Maske
vorgefunden wurde, ist dem Gerichte übergeben worden.
Einen Zwanzigrubelschein besaß der junge Mann überhaupt
nicht. — Er tapper Defraudant. In einem Café
der Knochenhauerstraße machte sich gestern ein junger Mann
durch große Geldausgaben verdächtig. Ein herbeigerufener
Kriminalbeamter erbat nach einer Photographie in dem
angeblichen Baron einen aus Breslau verfolgten Handlungs-
gehilfen, der eine dortige Bank unter Verletzung einer ge-
fährlichen Zahlungsausweisung um 12000 Mk. geschädigt
hatte. Vorgefunden wurde noch ein Betrag von etwa 5000
Mk. etwa 7000 Mk. will er in Cafés in Posen, Lübeck,
Hamburg und Bremen verjubelt haben.

Selgoland. Grobfeuer. Kurz vor 10 Uhr brach
im Maschinenhaus der Firma Hagemann, Hafensbau, Grob-
feuer aus. Die Lichtzentrale wurde zerstört. Der Kohlen-
vorrat brennt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion
dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

An die Travemünder Arbeiter!

Unter den Travemünder Genossen herrscht leider noch
immer eine große Gleichgültigkeit. Die Versammlungen sind
hier meistens schlecht besucht. So hatten sich zur Neuwahl des
Vorstandes ganze zehn Genossen und zwei Genossinnen ein-
gefunden. Weiter besteht in Travemünde eine große Un-
pünktlichkeit sowohl in den Mitglieder- als auch in den
öffentlichen Versammlungen. Wäre es wirklich nicht möglich,
zur rechten Zeit zu kommen, damit die Versammlung pünkt-
lich beginnen kann? „Volksgötter“ Leser haben wir auch nur
verhältnismäßig wenige; es gibt unter uns also manche, die
keine Zeitung oder den „General-Anzeiger“ lesen. Pflicht
unserer Genossen wäre es, dafür zu sorgen, daß in jedes Ar-
beiterhaus auch die Arbeiterpresse ihren Eingang hält! Die
Travemünder Genossinnen scheinen es durchweg überhaupt
nicht für nötig zu halten, eine Versammlung zu besuchen.
Für sie wäre es vielleicht besser, wenn die Mitglieder-Ver-
sammlungen am Abend stattfänden. Sorgen wir also auch
dafür, daß auch unsere Frauen die Versammlungen besuchen.
Hoffen wir, daß sich zur nächsten Versammlung genügend
Mitglieder einfinden werden, um zu beraten, wie wir am
besten unsere Partei vergrößern und für unsere Zeitung neue
Leser gewinnen können. Nicht nur durch öffentliche Ver-
sammlungen, sondern auch durch Kleinarbeit, zu der alle, be-
sonders aber auch unsere Frauen beitragen müssen, werden
wir das erreichen. Darum alle Mann in die Mitglieder-
versammlung!
A. N.

Literarisches.

Arbeitergesundheitsbibliothek: Als Heft 31 der Arbeiter-
gesundheitsbibliothek erschien im Verlage der Buchhandlung
Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin: Die Berufs-
krankheiten der Buchdrucker. Das vorliegende
Heft eröffnet die Reihe der gewerblichen Einzelberufe, welche
die Arbeitergesundheitsbibliothek in ihrer Eigenart und ge-
sundheitlichen Bedeutung für die Arbeiter schildern will, und
behandelt das Thema mit großer Sachkenntnis und Geschick.
Nach einer Einleitung über die moderne Buchdruckerei wird
die Berufsarbeit der Schriftsetzer, Buchdrucker, Stereotypsetzer,
der in Schriftgießereien Beschäftigten und der Hilfsarbeiter
kurz aber prägnant geschildert und dann ausführlich das
Kapitel der Berufskrankheiten behandelt, besonders die Lu-
berkulose, deren Sterblichkeit in den letzten 50 Jahren ganz
bedeutend zurückgegangen ist, wie die Gegenüberstellung der
Zahlen von Albrecht, Sommerfeld und des Verfassers ergibt,
und die Bleivergiftung mit besonderer Berücksichtigung der
Gicht, die nach der Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse
eine ganz außerordentliche Rolle unter den Erkrankungen
der Schriftsetzer und Schriftgießer spielt. Nervöse Leiden,
Krampfadern und Plattfüße, Hautleiden und Unfälle bilden
den Schluß des Heftes, das wir — nicht nur den beteiligten
Kreisen — angelegentlich zur Lektüre empfehlen. Preis
50 Hg., Vereinsausgabe 20 Hg. Zu beziehen durch alle
Buchhandlungen und Kolporture.

In Freien Stunden: Eine Wochenschrift. Romane und
Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft
zum Preise von 10 Hg. Gegenwärtig gelangen die beiden
berühmten Romane „Joanhoe“ von Walter Scott und „Der
Weiberdorf“ von Clara Wiebig zum Abdruck, die beide den
Beifall der großen Lesergemeinde der Freien Stunden finden.
Wer die Zeitschrift „In Freien Stunden“ noch nicht kennt,
bestelle vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer
G. m. b. H., Berlin SW. 68, kostenlose Übersendung einer
Probenummer. Abonnementsbestellungen nehmen alle Buch-
handlungen, Expediteure und Kolporture entgegen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul L. W. W. W. W.
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma
Verleger: T. H. Schwardt, Druck: J. H. v. d. Meijer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

SONNABEND DEN 31. AUGUST

Ausnahme-Angebote

zu bedeutend ermässigten
sensationell billigen Preisen.

Trotz der Ausnahme-Preise Rabatt-Marken auf alle Artikel.

Damen-Blusen

- Wollmusselin-Bluse
Kimonoform mit gesticktem Kragen
Extra-Angebot **3⁹⁵**
- Wollmusselin-Bluse
mit Tüllpasse und Satin-Zwischensatz
Extra-Angebot **4⁵⁰**
- Wollbatist-Bluse
mit Tüllkragen und reicher Soutachierung
Extra-Angebot **4⁸⁰**
- Kimono-Bluse
ganz auf Futter mit Sammet-Garnierung
Extra-Angebot **5²⁵**
- Eleg. Popelin-Bluse
Vorderteil mit Seidenstickerei
Extra-Angebot **5⁷⁵**
- Eleg. Popelin-Bluse
mit Seidentüll-Einsätzen und Seidenstickerei
Extra-Angebot **6⁷⁵**

Reinseidene
Schotten-Bluse blau-grün
mit imit. Macramekragen u. Sammet-Aufputz
Extra-Angebot **6²⁵**

Schuhwaren

- Damen-Schnürstiefel
mit Lackkappe und Preßfalten
Extra-Angebot **4⁹⁰**
- Damen-Schnürstiefel
Derbyschnitt, mit und ohne Lackkappe
Extra-Angebot **5⁹⁵**
- Damen-Schnürstiefel
Chevreau, Derby mit Preßfalten
Extra-Angebot **7⁵⁰**
- Herren-Schnürstiefel
Zug- oder Schnallenstiefel
Extra-Angebot **4²⁵**
- Herren-Schnürstiefel
Rindbox, amerikanische Form
Extra-Angebot **6²⁵**
- Herren-Schnürstiefel
Goodyear-Welt, mit und ohne Lackkappe
Extra-Angebot **8⁷⁵**

Kinder-Schnürstiefel Rind-
box
Größe 31/35 **4⁶⁵** Größe 27/30 **3⁴⁵** Größe 24/26 **2⁹⁵**

Knaben-Konfektion

- Kittel-Anzüge hochgeschlossen
aus gemusterten Stoffen, für 3 bis 6 Jahre
Extra-Angebot **2⁹⁵**
- Matrosen-Anzüge aus blauem Cheviot
mit Überkragen u. Abzeichen, für 3 bis 8 Jahre
Extra-Angebot **4⁹⁵**
- Norfolk-Anzüge aus gemust. Stoffen
für 3 bis 8 Jahre
Extra-Angebot **4⁹⁵**
- Norfolk-Anzüge
aus Fantasiestoffen, für 8 bis 12 Jahre
Extra-Angebot **7⁵⁰**
- Matrosen-Anzüge aus Ia. Kammgarn
mit Überkragen, für 3 bis 9 Jahre
Extra-Angebot **9⁵⁰**
- Jünglings-Anzüge Norfolk-Fasson
aus imit. engl. Stoffen, Größe 38 bis 44
Extra-Angebot **19⁷⁵**

Blaue Knaben-Pyjacks
warm gefüttert, mit gestickten Abzeichen, für
das Alter von 5 bis 8 Jahren
Extra-Angebot **4⁵⁰**

Korsette

- Miederkorsette
aus Drell mit Fischbeineinlage
Extra-Angebot **85⁴**
- Büstenhalter
mit Spitzengarnitur
Extra-Angebot **1²⁵**
- Drellkorsette
extra stark, mit Spiralfedereinlags
Extra-Angebot **1²⁵**
- Langhüftige Korsette
aus Jacquard-Drell mit Strumpfhalter
Extra-Angebot **2⁴⁵**
- Langhüftige Korsette
aus feinfarbigem Drell m. breit. Spitzengarnitur
Extra-Angebot **2⁷⁵**

Elegante
Directoir-Korsette
extra lange Pariser Form
aus feinem Drell in modernen Farben
mit Strumpfhaltern
Extra-Angebot **3⁷⁵**

Mädchen-Konfektion

- Russenkittel
aus Halbtuch mit Faltenvolant und türk. Blenden
für das Alter bis zu 5 Jahren.
Extra-Angebot **1⁶⁵**
- Kinderkleid
aus Velourbarchent, Faltenfasson mit Lackgürtel
Extra-Angebot **2⁷⁵**
- Wollenes Hängekleid
mit Samt u. Paspel-Garnitur
Extra-Angebot **2⁹⁵**
- Kimono-Kleid aus blauem Cheviot
mit Falten-Volant ganz auf Futter
Extra-Angebot **4⁸⁰**
- Kinder-Paletot
aus dunkelblau Cheviot, reizende Machart
Extra-Angebot **2⁷⁵**
- Matrosenkleid ganz auf Futter
aus blauem Cheviot mit abknöpbarer Garnitur
Extra-Angebot **6⁷⁵**

Wollenes Kinderkleid
ganz auf Futter mit Falten, Volant, Seiden-
paspel u. Knopf-Garnitur, alle Größen bis zu
13 Jahren
Extra-Angebot **9⁷⁵**

Leibwäsche

- Damen-Hemden
mit Spitzen oder gestickter Passe
Extra-Angebot **1¹⁵**
- Ausstattungs-Hemden
mit Stickerei-Zwischensätzen und Languetten
Extra-Angebot **1⁷⁵**
- Damen-Beinkleider
mit Stickerei-Volant und Banddurchzug
Extra-Angebot **1¹⁵**
- Damen-Nachtjacken
aus Köperbarchent mit Spitzen und Bogen
Extra-Angebot **1¹⁵**
- Damen-Unterröcke
mit hohem Stickerei-Volant und Banddurchzug
Extra-Angebot **2⁹⁵**
- Damen-Untertaillen
mit Valenciennespitzen oder Stickerei
Extra-Angebot **85⁴**

Damen-Madeira-Hemden
mit handgestickter Passe und Languetten
Extra-Angebot **1⁷⁵**

RESTE UND ABSCHNITTE

Reinwollene Cheviot- und Kammgarn-Stoffe, Popeline,
Bordürenstoffe, Kinderschotten, Blusen-Flanelle, Woll-
Musseline, Neglige-Barchente

Im Preise
ermässigt
bis

50%

2857) EINE LADUNG

- Weißkohl**
große Köpfe Pfund **2⁴**
- Rotkohl**
feste Köpfe Kopf **12⁴**
- Ital. Weintrauben**
Pfund **38⁴**
- Blaue Pflaumen**
Pfund **19⁴**
- Kochbirnen** Pfd. **8⁴**

- Kartoffeln 10 Pfd. 40⁴
- Brechbohnen Pfd. 8⁴
- Schnittbohnen Pfd. 15⁴
- Wurzeln Bund 4⁴
- Zwiebeln Bund 4⁴
- Tomaaten Pfd. 23⁴
- Bananen Pfd. 30⁴
- Schmalzbirnen Pfd. 18⁴
- Grüne Gurken Stück 12⁴
- Einwick-Gurken Pfd. 17⁴

- Zucker, gemahlen Pfd. 25⁴
- Weizenmehl Pfd. 17⁴
- Reismehl Pfd. 20⁴
- Kartoffelmehl Pfd. 22⁴
- Hafersocken Pfd. 22⁴
- Aprikosen, getrocknet Pfd. 58⁴
- Pflaumen Pfd. 48⁴
- California Birnen Pfd. 30⁴
- Gebraute Gerste Pfd. 21⁴
- Gebrauter Korkaffee Pfd. 24⁴

- Alter Holländerkäse . Pfd. 95⁴
- Schweizer Käse Pfd. 80⁴
- Alpen-Limburger Kopf 60⁴
- Thür. Stangenkäse 3 Stck. 25⁴
- Gervais-Käse Stück 25⁴
- Fromage de Brie Pfd. 80⁴
- Gambert-Käse Stück 24⁴
- Harzer Käse 4 Stück 10⁴
- Kräuterkäse 2 Stück 15⁴
- Feinste Meierei-Butter Pfd. 1.32

- Nordische Anchovis Glas 28⁴
- Appetitsild Dose 35⁴
- Geisardinen Dose 35⁴
- Brabant Sardellen . Glas 70⁴
- Cap-Hammer 1-Pfd.-Dose 1.75
- Majonnaise Glas 44⁴
- Zucker-Honig Pfd. 32⁴
- 5-Pfd.-Eimer Zuckerhonig 1.80
- Erdbeer-Marmelade . Pfd. 60⁴
- 5-Pfd.-Eimer Marmelade 1.28

EINE LADUNG

- Landspeck**
fett Pfund **95⁴**
- Grobe Landwurst**
Pfund **85⁴**
- Schweineschmalz**
garantiert rein Pfund **68⁴**
- Geräuchert. Lachs**
Pfund **1³⁰**
- Tilsiter Käse**
pikant Pfund **33⁴**

Andres Fleisch von Lübecker • Schweinefleisch Pfd. 95⁴ | Rindfleisch Pfd. 75⁴ | Mast-Kalbfleisch Pfd. 90⁴ | Hammelfleisch Pfd. 80⁴
Schlachthaus • Bratenstücke Pfd. 1.00 | Bratenstücke . Pfd. 80 und 90⁴ | Rücken u. Keulen Pfd. 1.00 | Rücken u. Keulen Pfd. 90⁴

Anträge zum Parteitag in Chemnitz

am 15. September.

(Schluß.)

Reichstagswahl.

100. Duisburg: Die Reichskonferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Parteivorstand sich im verflochtenen Wahlkampf beim Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei in einer Anzahl Wahlkreise, in denen unsere Genossen mit der Fortschrittspartei in Stichwahl standen, herbeigelassen hat, den Wahlkampf zu „dämpfen“. Eine solche Maßnahme ist geeignet, Verwirrung und Desorganisation bei den Genossen zu erzeugen und ist deshalb in Zukunft zu vermeiden.

101. Nordhausen-Hohenstein: Das Stichwahlabkommen vom Januar 1912 war geeignet, die Führung eines prinzipiellen Wahlkampfes für die Zukunft zu erschweren und das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern. Die Generalversammlung bedauert deshalb lebhaft dieses Abkommen und erwartet, daß sich derartige Abmachungen nicht wiederholen. Sie eruchtet den Parteitag, seinen Willen in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.

102. Eberfeld-Barmen: Der Parteivorstand hätte auf die von den Fortschrittlichen verlangte Dämpfung unserer Agitation in einer Anzahl Wahlkreise nicht eingehen sollen, auch wenn die Möglichkeit bestand, daß dann das Abkommen nicht zustande gekommen wäre.

103. Weimar III: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III bedauert, daß der Parteitag bei dem Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei sich dazu herbeigelassen hat, in sechzehn Wahlkreisen, in denen die Partei mit den Fortschrittlichen in Stichwahl stand, den Wahlkampf zu dämpfen, weil dadurch nicht nur unsere prinzipielle Auffassung des Wahlkampfes verletzt, sondern auch eine große Verwirrung und Erbitterung bei den Parteigenossen angerichtet worden ist.

104. Frankfurt a. M.: Bei Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag und die Landtage sollen Doppelkandidaturen vermieden werden.

105. Kassel: Durch den Abschluß des Stichwahlabkommens mit der Fortschrittlichen Volkspartei hat der Vorstand unserer Partei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen und diejenigen der sozialdemokratischen Partei im besonderen erfolgreich wahrgenommen. Deshalb billigt der Parteitag den Abschluß dieses Stichwahlabkommens.

Parlamentarisches.

106. Frankfurt a. M. Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Durchführung großer Gesetzesvorlagen, wie z. B. des bevorstehenden Zolltarifes, geeignete Parteigenossen aus dem Reiche auch außerhalb der Fraktion zu berufen.

107. Genosse Schmidt-Lübke: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei jeder Abstimmung im Reichstage und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, zu mindestens 75 pzt. anwesend zu sein.

108. Genosse Jakobson-Swinemünde: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, Anträge, die Förderung des Rechts auf Arbeit betreffen, in entsprechender Formulierung im Reichstage einzubringen.

109. Kassel: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge bei geeigneten Beratungen im Reichstag erneut unsere Forderung auf Abschaffung der Todesstrafe durch diesbezügliche Anträge vertreten.

Sonstige Anträge.

110. 17. sächsischer Wahlkreis: Die Generalversammlung des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises drückt ihr Mißfallen darüber aus, daß ein Teil der Reichstagsfraktion in Eisenach eine Sonderkonferenz abgehalten hat. Sie erblickt darin eine Beeinträchtigung der Einheit in Partei und

de nMassen. Die Kreisversammlung stellt sich (in dieser Frage) ganz auf den Standpunkt der „Volksstimme“.

111. Mühlheim-Wipperfurth-Gummersbach: Die Kreisversammlung verurteilt auf das Schärfste die Teilnahme an den sogenannten Sonderkonferenzen und wünscht, daß es den als Delegierten zu den Parteitagen gewählten Genossen verboten wird, an irgendeiner Sonderkonferenz teilzunehmen.

Die Kreisversammlung protestiert gegen das parteischädigende Treiben der Sonderkonferenzen, wie unlängst eine in Eisenach stattgefunden hat. Die Kreisversammlung beschließt, beim nächsten Parteitag zu beantragen, dieser möge dafür sorgen, daß derartige Konferenzen in Zukunft unterbleiben.

112. Redlinghausen-Borken: Die Generalversammlung verurteilt energisch das Vorgehen der Parteigenossen einschließlich der Reichstagsabgeordneten, welche Konferenzen veranstalten oder daran teilnehmen, die auf Sonderhindelei hinauslaufen. Die Generalversammlung erwartet vom Parteitag, daß er das Vorgehen der Veranstalter und Teilnehmer entschieden mißbilligt.

113. Lübeck und Köln: Der Parteitag verurteilt auf das Entschiedenste die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte von Parteitagbelagerten der einen oder der anderen Richtung, sowie die Arrangierung von Sonderkonferenzen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er erblickt darin ein die Einheit der Partei schwer gefährdendes Verhalten. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß derartige Sonderzusammenkünfte fernhin unterbleiben.

114. Magdeburg: Der Parteitag möge auf das Schärfste alle Sonderkonferenzen und -veranstaltungen verurteilen, die dazu bestimmt sind, die Verhandlungen innerhalb der Parteiorganisationen überzujugeln zu machen und an Stelle der offenen Ausprache unter Parteigenossen die Konventikelherrschaft zu legen.

115. Bonn: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bonn-Rheinbach mißbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu allgemeinen Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteidisziplin verlangt, daß die Parteigenossen ihre theoretischen und taktischen Gegenstände im Rahmen der Organisation austragen. Derartige Sonderkonferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitages und zerstückeln die Kräfte der Partei, während das einheitliche Klasseninteresse des Proletariats eine starke, einheitliche Organisation fordert.

116. Frankfurt a. M.: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Zusammenkünfte bestimmter Richtungen nach Art der Eisenacher Konferenz im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei vermieden werden.

117. Niederbarnim: Der Parteitag mißbilligt die Arrangierung jeder Art von Sonderkonferenzen sozialdemokratischer Parlamentarier. Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisationen ihres Kreises und haben als solche daher die Pflicht, diesen ihre Anschauungen und Meinungen über alle das Parteileben berührende Fragen zu unterbreiten.

118. Frankfurt a. M.: Den Zentral-Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu veranlassen, daß er, in Anbetracht der immer größeren Verbreitung der Lichtbildvorführungen, den Bezirks- resp. örtlichen Bildungsausschüssen Material für derartige Vorträge zur Verfügung stellt. Dies kann geschehen durch leihweise Überlassung von Lichtbildserien oder durch gemeinsamen Bezug der interessierten Bildungsausschüsse.

119. Eberfeld-Barmen: 1. Zusammenlegung der am gleichen Orte befindlichen Bibliotheken, die Besitz von Arbeiterorganisationen sind.

2. Vereinheitlichung der Verwaltung, insbesondere des Ausleihverfahrens, Bibliothekbenutzungsordnung und Statistik.

3. Vereinheitlichung der Kataloge mit Unterstützung einer so bald als möglich ins Leben zu rufenden Zentralstelle

für die Arbeiterbibliotheken nach dem Muster der von der belgischen Bildungszentrale geschaffenen.

4. Die Bibliothekfrage ist von den angebotenen Gesichtspunkten aus so bald als möglich von einem Parteitag zu behandeln.

5. Kurse für Arbeiterbibliothekare nach dem Vorgang der österreichischen Genossen.

6. Die wiederholt verlangte Zusammenkunft der Arbeiterbibliothekare ist bald einzuberufen.

120. Merseburg-Querfurt: Mitglieder eines gelben Werkvereins oder eines gelben Verbandes können nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein. Angehörige solcher gelben Gewerkschaften, sofern sie der Partei angehören, sind aus der Partei auszuschließen.

121. Genosse Haller in Magdeburg: Das Lotteriespiel widerspricht den Anschauungen der Sozialdemokratie und eruchtet der Parteitag die Genossen um Unterlassung desselben.

122. Genosse Repp in Friedberg: Der Parteivorstand wird beauftragt, einen oder mehrere Genossen zu bestimmen, welche statistische Erhebungen anzustellen haben, ob und inwieweit eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse seit Mitte der siebziger Jahre stattgefunden hat.

123. Genosse Stein in Charlottenburg: Der Parteitag beschließt, den örtlichen Parteiverbänden die Förderung des Arbeiteramateurwesens und der Arbeiteramateurausbildung zu empfehlen, da es für die Arbeiter von großer Bedeutung ist, daß bei eintretenden Betriebsunfällen sofortige Hilfe vorhanden ist.

Die ungemein zahlreichen Unfälle in den Betrieben der Industrie, des Bauwesens usw., die eine Folgerscheinung der modernen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter sind, haben seit Jahren den Arbeitern nahegelegt, selbst für eine sachgemäße erste Hilfe bei eintretenden Unfällen Sorge zu tragen, da erfahrungsgemäß die von den Unternehmern gestiftete Vorbeuge für etwaige Unfälle im Betrieb häufig sehr ungenügend ist, und daß sie in vielen Fällen ganz gefehlt hat.

Der Parteitag empfiehlt daher, den Kolonnen des Arbeitersamariterbundes weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen, da diese bestrebt sind, unter den Arbeitern eine genügende Zahl von Kräften heranzubilden, die bei eintretenden Unfällen sofort in Betriebe zur Hand sind und die erste Hilfe leisten können.

124. Genosse Jacobsen in Swinemünde: Das sozialdemokratische Programm lautet in Zukunft wie folgt: Was will die Sozialdemokratie, was ist deren Ziel und wie will sie dasselbe erreichen?

Die Sozialdemokratische Partei will die Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht, um:

1. durch Übernahme von Grund und Boden, Bergwerken, Fabriken, kurz aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel in Staats Hände — gemeinschaftlicher Besitz des ganzen Volkes,
2. durch geregelte ordnungsmäßige Produktion und Fabrikation,
3. durch gewissenhafte Verteilung der erforderlichen Arbeiten an alle dazu Befähigten, mit weitgehender Berücksichtigung der persönlichen Veranlagung, der physischen und geistigen Kräfte jedes einzelnen,
4. durch gerechte Verteilung der erzeugten Güter und Produkte

jedem Staatsangehörigen eine auskömmliche und sorgenfreie Existenz zu verschaffen und damit eine menschenwürdige Lebensführung nicht nur im irdischen, sondern auch in geistiger Beziehung zu ermöglichen.

125. Frankfurt a. M.: Der Schnapsbottbeschlus des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909 wird den Genossen und Genossen in eindringliche Erinnerung gebracht.

126. Ortsverein Harburg, Köln, Magdeburg, Hamburg, Niederbarnim: Der Parteitag erneuert und bekräftigt den von dem Leipziger und dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinbott. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Bontotts an vielen Orten eine erhebliche Verminderung des Branntwein-

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(S. Fortsetzung.)

Als die Quadrille zu Ende war, blieb er, in den roten Klättern, hinter seinem Pulte, und erst als die neue Aufstellung erfolgte, sandte er einen raschen Blick über die anstehenden Paare. Von den beiden Mädchen aber war hier nichts zu entdecken, und auch die übrige Gesellschaft zeigte keine Spur von ihnen — im Nu würde er schon ihre Kleider erkannt haben. Die zweite Quadrille ging zu Ende, auch die dritte, und eine allgemeine Pause trat ein, ohne daß die Vermissten sich gezeigt hätten, und fast wußte Reichardt nicht, wie ihm ihr Verschwinden leid, oder sollte er sich darüber freuen.

Die Musiker verließen für die Dauer der Pause das Orchester und Reichardt schlug den Weg nach der Piazza ein. Raum ließen sich hier in der matten Beleuchtung die einzelnen Gruppen von Gästen, wie sie zerstreut zwischen den üppigen Schlingpflanzen saßen, genau erkennen; der junge Mann warf sich auf einen einsamen Stuhl und gab seinen Kopf der heißen Nachtluft preis. Er dachte an sein Solo, mit welchem er den Abend eingeleitet, an den Beifall, welcher ihm geworden, und wie sich nachher dennoch niemand auch nur mit einem Blide um ihn gekümmert. So bitter ihn auch anfänglich Harriets Zettel berührt, so hatte doch nur herbe Wahrheit darin gelegen. In einem Herzen hatte er wohl Angeklungen — Margarets selbstvergessener Blick beim Schlusse seines Spiels stand vor ihm, und er hätte sich immer und immer diese Augen vor die Seele rufen mögen.

Da fühlte er plötzlich einen leichten Druck auf seiner Schulter. „Geben Sie mir für einen Augenblick Ihren Arm, Mr. Anausprechlich!“ Klang es halblaut in seine Ohren, und aufspringend sah er in Harriets mattbeleuchtetes Gesicht. „Ohne Aufsehen — kommen Sie!“ fuhr sie fort, „ich möchte noch zwei Worte mit ihnen reden!“ Sie schlug die Richtung nach dem Ende der Piazza ein, das von Besuchern völlig leer war, und blieb dort hinter einer der üppig umlaubten Säulen stehen.

„Wollen Sie mir wohl sagen, Sir, wie Ihnen Ihr Gesicht jetzt behagt?“ begann sie, und Reichardt wußte nicht, war es Spott oder Laune, was ihm aus ihrem Tone entgegenklang.

„Warum fragen Sie mich das, Miß?“ erwiderte er; „glauben Sie, eine mit Selbstüberwindung übernommene Bekanntheit wird leichter unter solchen Bemerkungen?“

„O — und Sie meinen, ich habe Sie nur aufgesucht, um solche Bemerkungen zu machen?“ stelte mich mit Ihnen im Dunkeln hierher, nur um meiner Laune willen?“

„Ich habe keine Ahnung, Miß Harriet“, jagte er, eigentümlich von Ihrem Tone berührt; „was verlangen Sie von mir?“ Sie haben heute abend nicht einen einzigen Blick und nur einen bitteren Stachel für mich gehabt —

„Und würde nichts anderes haben können, Sir, sollte ich mich auch ins eigene Fleisch treffen, so lange Sie nicht als Gentleman vor mir stehen!“ rief Sie mit unterdrückter Stimme. „Ich habe eine andere Absicht für Sie — aber setzen Sie keinen Fuß wieder dahin, wo zum Tanz gespielt wird, ich habe nicht im Saale bleiben mögen, so lange ich Sie dort oben sah — versprechen Sie mir, wegzubleiben und Gentleman zu sein!“

Sie war ihm wie unbewußt näher getreten, er fühlte seinen Finger leicht von ihrer Hand gefaßt und führte diese in rascher Aufwallung an seine Lippen. „Wäre ich denn nicht selbst zu glücklich, Ihnen folgen zu dürfen, Miß Harriet?“ jagte er, die Hand festhaltend, die einen leichten Versuch sich zu befreien machte, „kann ich Ihnen denn aber von den Verhältnissen sprechen, welchen der Neuling hier im Lande unterliegt, so daß er zu dem nächsten, besten greifen muß, weil ihm jeder andere Weg zu einer Existenz verschlossen ist?“

„Sie sollen Ihre volle Existenz haben, vertrauen Sie mir!“ unterbrach sie ihn eifrig. „Sie gehen mit uns nach Tennessee — aber ich kann nichts tun, wenn Sie noch einen Strich zum Tanze spielen. Sind Sie nun mutig genug, einen Entschluß zu fassen, selbst wenn er gewagt wäre?“

Er fühlte einen Druck ihrer Hand, er sah ihre leuchtenden Augen gespannt auf sich ruhen, und eine eigentümliche Erregung begann sich wieder seiner zu bemächtigen. „Ich wage es, ich werde gehorchen“, sagte er, und sollte sich auch selbst Ihr guter Wille getäuscht haben —

„So ist es recht, und jetzt kommen Sie!“ erwiderte sie mit hell aufleuchtendem Gesichte; „tragen Sie Ihren Namen ins Fremdenbuch ein, trennen Sie sich von den Menschen, mit denen Sie kamen, und merken Sie: Alles, was Sie bis jetzt getan, war nur eine tolle Laune!“ Sie tat einen Schritt vorwärts, strauchelte aber über eins der Schlingengewächse und ward von Reichardts Arme aufgefangen. Sie wollte sich rasch aufrichten, aber er hielt sie fest und bog sich nach ihr nieder. „Trotz aller Worte habe ich noch kein Pfand Ihrer Ehrlichkeit, Miß“, sagte er, „aber ich nehme nur ein freiwillig gegebenes!“ Sie sah mit einem vollen Lächeln zu ihm auf und ließ seinen Finger auf seine Lippen zwei, drei Mal auf die Lippen. Dann aber schneelte sie geschmeidig aus seiner

Umklammerung in die Höhe. „Jetzt weg von hier“, sagte sie, seinen Arm fassend, „und wenn wir uns wiedersehen, nicht noch einmal im Dunkeln!“

Da, wo die Straße von Nashville nach Memphis die erste scharfe Ecke macht, liegt ein der schönsten Landschaften, wie sie sich im Innern der südlichen Staaten so oft finden und dem Reisenden mit ihren breiten Veranden und geschmackvollen Portikos, ihren von breittätigen Kolonnen beschatteten Straßen und ihren hellen, in elegantem Stile gebauten Landhäusern, die sich durch dunkle Laubpartien zum Kranze verbunden um den Ort ziehen, wie lebendige Bilder des Romforts und überflusses entgegen treten.

Es war ein heller Septemberabend, und eine Luft, so weich und mild, wie sie nördlichere Gegenden niemals kennen lernen, ruhte auf der Landschaft, als Reichardt, auf dem Bedeckte der Postkutsche sitzend, dem Orte entgegenrollte. In sanfter Neigung führte die Straße von der letzten Anhöhe hinab und gestattete dem Reisenden den vollen Blick über das ansprechende Bild, welches die Stadt und die Umgebung in der abendlichen Beleuchtung boten; trotzdem aber schien es die oft erprobte Wirkung auf den jungen Mann zu verfehlen; in seinen Augen, welche jede Einzelheit vor sich mufterten, drückte sich eher eine stille Besorgnis und leise Spannung, als ein Gefühl der Befriedigung aus, und erst als der Wagen in die Hauptstraße einbog und vor das stattliche Hotel rollte, schien er seine inneren Regungen unter einem gleichgültigen Außern zu verbergen.

Reichardt wußte kaum selbst, was ihn hierhergebracht war es nur der Einfluß einer tolen Mädchenlaune, welchen er unterlegen, oder trug sein eigenes leichtes Blut und der Wunsch, sich seiner bisherigen Beschäftigung zu entziehen, die Hauptschuld — die Tage, welche er zwischen heute und seinem ersten Auftreten in Saratoga verlebte, lagen wie ein halber Traum hinter ihm.

Der Wagen entleerte sich seiner Passagiere, welche hier ihr Abendbrot einzunehmen hatten; Reichardts Gepäck aber war das einzige, welches abgeladen ward, und ein vergnügtes Grinsen zeigte sich in dem Gesichte des schwarzen Wärters, als dieser den glänzenden deutschen Volksknecht in Empfang nahm. Wie ein neugieriges Kind betrachtete er den Bau, das Schloß und die Beschläge und fragte dann mit einer Mischung von Verwundern und Schicklichkeit, die sich in dem plumpen, schwarzen Gesichte ganz wunderbar ausnahm: „Feines Instrument, Sir?“

(Fortsetzung folgt.)

verdrüßlich zur Folge gehabt hat, die im Interesse der körperlichen und geistigen Volksgesundheit, der gesteigerten Kampfsfähigkeit und der Schwächung seiner bössartigen Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erkennt jedoch an vielen Orten eine viel schärfere Durchführung des Parteibeschlusses als notwendig und verpflichtet insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischer Unterstützung.

127. Königsberg i. Pr., Hagen i. Westf., Lübeck, Bonn, Bremen und Sozialdemokratischer Verein auf Zeilmarn: Vorliegendem Antrag und folgendem Absatz 2: Der Parteitag erklärt, daß der Beschluß sich auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des oftfehlenden Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem dient. Diese Protestaktion ist durch die neueste, unter dem Namen "Abkündigung der Liebesgabe" erfolgte weitere Belastung der ärmsten Schichten zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten besonders dringend geworden, zugleich aber bezweckt sie auch die Förderung der durch den Alkohol gefährdeten Volksgesundheit.

128. Rees-Wärs, Kiel, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Ortsverein Marne in Holstein, 7. sächsischer Reichstagswahlkreis, Kauflich in Sachsen VI, 22. sächsischer Reichstagswahlkreis und 86 Genossen in Bremen beibringen, den vorstehenden beiden Absätzen noch folgenden Absatz 3 anzufügen:
Der Parteitag verpflichtet demgemäß die Parteipresse, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen. Er erwartet auch von den Verwaltungen der Volks- und Gewerkschaftshäuser sowie sonstiger Arbeiterunternehmungen, daß sie die segensreiche Bewegung des Branntweinboykotts durch Einstellung des gesamten Spirituosenverkaufs wie auf sonstige geeignete Weise (Verbreitung von Aufklärung usw.) kräftig fördern.

129. Die sozialdemokratischen Vereine für den sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis, für Halle a. d. S. und für Weimar, die Mitgliedschaft in Oldesloe, sowie 312 Genossen in Meissen, 143 Genossen in Lübeck, 23 Genossen in Brandenburg a. d. S., 21 Genossen im 14. hannoverschen Wahlkreis, 24 Genossen in Sondershausen, 15 Genossen in Eisenberg, 47 Genossen in Augsburg, 28 Genossen in Regensburg, 6 Genossen in Freiberg i. S., 18 Genossen in Hertzen in Westf., 13 Genossen in Rendsburg:

Da der Punkt 6 unseres Parteiprogramms sehr oft derart ausgelegt wird, als sei für die Partei die Religionsfrage eine private Sache, mit der die Partei sich nicht befassen dürfe, erkennt der Parteitag ausdrücklich an, daß die Aufklärung über die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft wesentliche Aufgabe der Partei, insonderheit der Parteipresse sein muß.

Der Parteitag erkennt weiter an, daß die Bekämpfung der christlichen Kirche, die eine Herrschaftsorganisation der staatlichen Macht darstellt, Parteisaufgabe geworden ist deshalb, weil derjenige, der die Macht hat, bekämpft auch deren Mittel, in diesem Falle die Kirche, mit bekämpfen muß. Der Parteitag spricht deshalb den Wunsch aus, daß die Parteiorganisation in allen Orten Deutschlands auch auf diesem Gebiete ihre volle Pflicht erfüllen.

130. Die sozialdemokratischen Vereine von Halle und Weimar, sowie die obengenannten Genossen aus Sondershausen, Freiberg, Lübeck und Brandenburg beantragen, dem obigen Antrag noch folgenden Absatz 2 anzufügen:

2. Da die Parteigenossen heute gezwungen sind, ihre Kinder an einem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, dieser Unterricht aber im Gegensatz zu der Wissenschaft steht, hält es der Parteitag für notwendig, dadurch gegen diesen Gewissenszwang zu protestieren und die Einführung von Disziplinarschulen zu erwirken, daß er die Parteigenossen, die mit der Staatsreligion gebrochen haben, auffordert, der Staatsreligion den Rücken zu kehren.

131. Der sozialdemokratische Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis, die Mitgliedschaft Jöhoe in Holstein, in Kiel, sowie die Mitgliedschaften von Bergkamen und Oberberge in Westfalen, Dittche Uhlendorff, Cughaven, Sam und Bergedorf in Hamburg III:

Der Parteitag ersucht die Organisationen, teils durch Verbreitung von entsprechenden Schriften, teils durch Versammlungen neben den allgemeinen Protesten gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung auch Protest zu erheben dagegen, daß die Religion zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes benutzt wird.

In den Schriften und Versammlungen ist auch auf den Austritt aus der Landeskirche schon deshalb hinzuweisen, um wirksam dagegen zu protestieren, daß unsere Kinder gezwungen werden, an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilzunehmen.

132. Eiberfeld-Barmen: Der Parteitag ersucht die Organisationen, neben den Protesten gegen die wirtschaftliche und die politische Unterdrückung auch mehr als bisher Protest zu erheben gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und geistige Anarchie des Volkes durch die Kirche.

Besonders muß auch dagegen protestiert werden, daß die Kinder des Volkes zur Teilnahme an einem Religionsunterricht gezwungen werden, der mit den Ergebnissen der Wissenschaft in höchstem Widerspruch steht. Als wirksamste Form des Protestes empfiehlt der Parteitag allen Parteigenossen, die innerlich mit der Religion gebrochen haben, den Austritt aus der Landeskirche.

133. Der Ortsverein in Sagan und fünf Genossen in Essen: Da die Parteigenossen heute gezwungen sind, ihre Kinder an einem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, dieser Unterricht aber im Gegensatz zu der Wissenschaft steht, hält es der Parteitag für notwendig, dadurch gegen diesen Gewissenszwang zu protestieren und die Einführung von Disziplinarschulen zu erwirken, daß er die Parteigenossen, die mit der Staatsreligion gebrochen haben, auffordert, der Staatsreligion den Rücken zu kehren.

134. Genosse Haller in Wylau i. S.: Angesichts der Tatsache, daß der Satz des Parteiprogramms "Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit" vielfach fälschlich angefaßt wird, erklärt der Parteitag es für moralische Pflicht der Genossen, die persönlich keine kirchlichen Bedürfnisse haben, aus der Kirche auszutreten.

135. 19 Genossen in Rürnberg-Altendorf: Aus einer wirksamen Ausbeutung im ganzen Lande gegen die sich immer härter geltend machende herrschaftliche Verdrängungspolitik in die Wege zu leiten, und um besondere Propaganda für unsere programmatische Forderungen zu machen, hält es der Parteitag für angebracht, überall durch Schrift und Wort Agitation zu entfalten, um die Genossen, die durch Anerkennung des Parteiprogramms zeitlich mit jedem kirchlichen Religionsunterricht gebrochen haben, zu veranlassen, ihre bisher geübte Bequemlichkeit beiseite zu legen und aus der Kirche auszutreten.

136. Eigersheim, St. Johann: Der Parteitag ersucht, daß von nun an wenigstens jedes Parteijahr Aufhebungen zum Austritt aus der Landeskirche in sämtlichen Parteimitgliedern Deutschlands ergriffen werden.

Der nächste Parteitag

137. Hagen-Schwelm: Den nächsten Parteitag in Hagen in Westfalen abzuhalten.

138. Görlitz-Lauban: Den nächsten Parteitag in Görlitz abzuhalten.

139. Leipzig-Stadt und Land: Den Parteitag 1913 in Leipzig abzuhalten.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

140. Mühlheim-Wipperfurth-Gummersbach-Sagan: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

141. Genosse Schmidt in Essen: Die Impffrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

142. Genossen in Solingen: 1. Dem nächsten Parteitag eine anderweitige Regelung der Parteibeiträge vorzulegen, welche eine progressive Steigerung je nach dem Einkommen vorzieht (Selbstentwässerungspflicht). Die Beiträge sollen ferner so gestellt werden, daß es auch dem wirtschaftlich ungünstig gestellten Genossen möglich ist, Mitglied der Partei zu sein.

2. Dem nächsten Parteitag eine Regelung der Diätenzüge unserer Reichs- und Landtagsfraktionsmitglieder vorzulegen, wonach den Abgeordneten Tagegelder gewährt werden unter Abführung der Diäten an die Parteikasse. Vorbildlich für die Höhe der Tagegelder sollen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse sein.

143. Duisburg, Genosse Giebel-Berlin, sechs Genossen in Breslau, drei Genossen in Arnstadt, Eisen: Die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Die Berliner Parteiorganisationen und der Parteitag.

Die sechs Berliner Kreise nahmen am Dienstag im Generalversammlungen Stellung zum Parteitag. Im ersten Wahlkreis referierte Landtagsabgeordneter Ströbel. Er sprach sich über das Stichwahlabkommen, die Maiseier, den Imperialismus und die geplante Aenderung der Organisation aus. Das Stichwahlabkommen verteidigte er, trat für Festhalten an der Maiseier ein und wandte sich gegen den geplanten Parteiauswurf. Der Reichstagsfraktion solle man die volle Vertretung auf den Parteitag lassen. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, folgende Anträge an den Parteitag zu richten:

1. Der Parteitag möge die Herausgabe einer Monatschrift beschließen, welche die Klassenjustiz an der Hand von Gerichtsurteilen zu beleuchten habe.
2. Die Agitation unter den Angestellten ist zu fördern, besonders im Hinblick auf die Werbearbeit der demokratischen Vereinigung.
3. Der Parteiauswurf ist abzulehnen, der Parteivorstand durch unbefolgte Beisitzer zu verstärken und die Rechte der Kontrollkommission sind zu erweitern.

Im zweiten Kreis hielt Abg. Richard Fischer das Referat. Er hält eine Aenderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes nicht für nötig, wenn aber eine Reorganisation stattfinden soll, dann würde der Parteiauswurf die günstigste Lösung sein. Das Stichwahlabkommen hält Redner für nötig. Zur Maiseier müsse der Parteitag Stellung nehmen, und wenn keine Möglichkeit bestehe, die Gemeindefunktionen zur Propaganda für eine umfassende Arbeitsruhe zu veranlassen, dann solle man auf dem Internationalen Kongreß die Aufhebung der Bestimmungen über die Arbeitsruhe beantragen. In der Diskussion vertritt Abg. Wurm den Standpunkt, daß dem Parteivorstand ein politischer Beirat von fünf bis neun Personen beigegeben werden möge. Ein Antrag, die Reichstagsabgeordneten, wie bisher, zu den Parteitag zu zulassen, ihnen aber das Stimmrecht zu nehmen, wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der sich gegen den Parteiauswurf ausspricht, wird angenommen, ebenso eine Resolution, die besondere Maßnahmen zur Gewinnung der jugendlichen Arbeiter von 18 bis 21 Jahren fordert.

Die Generalversammlung des dritten Kreises diskutierte nach dem Vortrag des Abg. Spannkuch über das Stichwahlabkommen. Ein Antrag, der das Abkommen verurteilt, wurde abgelehnt. Angenommen wurden folgende Anträge:

1. Der Parteivorstand hat den Parteifunktionären mehr Material für die Agitation unter den Privatangestellten zur Verfügung zu stellen. Der Parteitag 1913 soll die Privatangestelltenfrage besonders behandeln.
2. Das Organisationsstatut ist dahin zu ändern, daß bei Abstimmungen über Organisations- und Prinzipienfragen auf den Parteitag die Mitgliederzahl entscheidet, welche die Delegierten vertreten.
3. Im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei sind Sonderkonferenzen, gleichviel welcher Richtung, in denen zu allgemeinen Parteifragen Stellung genommen wird, in Zukunft zu vermeiden.
4. Der Parteitag möge den Genossen, die mit jedem kirchlichen Bekenntnis gebrochen haben, empfehlen, auch formell ihre Ausscheidung aus allen kirchlichen Gemeinschaften zu vollziehen.

Im vierten Kreis referiert der Abg. Büchner. Redner bedauert, daß die Zahl der organisierten Genossen in Berlin nicht größer sei; hinsichtlich der Tätigkeit der Reichstagsfraktion bemerkt er, parlamentarische Erfolge seien nicht zu verzeichnen, bei der Jagd im Reichstag wäre an ein erprobliches Arbeiten nicht zu denken, es müsse deshalb möglichst frühzeitige Einberufung gefordert werden. Das Stichwahlabkommen wird von dem Redner verurteilt. Hinsichtlich der Organisationsänderung sei er für Erhöhung der Beiträge, der Parteiauswurf sei aber abzulehnen; man möge die unbefolgte Beisitzer des Parteivorstandes mindestens auf fünf erhöhen. Außerdem möge man das Recht der Kontrollkommission erweitern. Das selbständige Parteibüreau der Frauen habe keine Berechtigung, die Sekretärin möge dem Parteivorstand angegliedert werden. Schließlich verteidigt Redner die Eisenacher Konferenz. Nach lebhafter Debatte, in der nur Genosse Bräuer das Stichwahlabkommen verteidigt, wird die Beitragserhöhung abgelehnt. Angenommen wurden die Anträge, die auf Aufhebung des Frauenbüreaus und Erweiterung der Initiativrechte der Kontrollkommission hinzielen. Angenommen wird aber auch ein Antrag, der erklärt, daß Grund zur Aenderung

im Parteivorstand nicht vorliegt, und der Parteitag er sucht wird, sämtliche in dieser Hinsicht gestellten Anträge abzulehnen. Ein Antrag, der alle Sonderkonferenzen verboten wissen will, wird abgelehnt. Eine Resolution, welche sich gegen das Stichwahlabkommen wendet, findet Annahme. Der vierte Kreis beantragt ferner, den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten und die Steuerfrage auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages zu legen.

Im fünften Kreis referiert Abg. Wels. In der Organisationsfrage tritt Redner für die Erhöhung der Parteibeiträge ein. Den Parteiauswurf bekämpft er; bei großen Aktionen würde der Parteivorstand sich ohne die Ratgeber aus dem Reiche zusammenberufen. Die Reichstagsfraktion soll nicht unbeschränkt Sitze und Stimmen an den Parteitag haben. Das Stichwahlabkommen billige er. In der Diskussion wird von dem Genossen Dr. Weyl und von dem Abg. des Kreises, Robert Schmidt, verlangt, daß die Parteitag delegierten ohne gebundenes Mandat geschickt werden. Schmidt verteidigt, Weyl bekämpft das Stichwahlabkommen. Beschlossen wird, folgende Anträge an den Parteitag zu richten:

1. Für die Jugendaufklärung mehr wie bisher zu tun, vor allem keine Opfer zu scheuen, die jungen Leute zwischen 18 und 20 Jahren für die politische Organisation zu gewinnen. Der Parteivorstand soll regelmäßig großzügige Agitationen zu diesem Zwecke einleiten.
2. Die Parteipresse ist zu verpflichten, keinerlei Anzeigen über Spirituosen aufzunehmen, Volkshäusern und dergl. ist zu unterlagen, Spirituosen zu führen und im übrigen ist der Schnapsboykott zu erneuern.

Eine Abstimmung über die zu den Organisationsänderungen gestellten Anträge findet nicht statt. Die Versammlung war darin einig, daß die Delegierten nach eigener Überzeugung auf dem Parteitag abstimmen sollen.

Die Generalversammlung des sechsten Kreises beschäftigt sich im Anschluß an eine Resolution, die Sonderkonferenzen parlamentarischer Körperschaften auf deren verschiedenste verurteilt, lebhaft mit der Eisenacher Konferenz. Ledebour und Liebknecht rechtfertigen in längeren Reden die Zusammenkunft in Eisenach: Die Konferenz sei keineswegs etwa ein Geheimkonventikel gewesen, sondern die Fortsetzung einer in Berlin begonnenen Besprechung des linken Flügels der Reichstagsfraktion, die durch den plötzlichen Schluß des Reichstags unterbrochen worden war. Aus der ganzen Veranstaltung sei kein Geheimnis gemacht worden. Die Hege gehe von der Richtung aus, die selbst mit diesem Konferenzen angefangen und darin auch kein Vergehen erblickt habe. Diese Besprechungen seien nicht neu, sie datieren schon seit dem Jahre 1908. Dieser Zustand sei zu bedauern, aber mit einem Verbot schaffe man die Sache nicht aus der Welt. — Nach diesen Ausführungen lehnte die Versammlung die Resolution ab. Eine Resolution wurde angenommen, die gegen das Verhalten des Genossen Dr. Landsberg in der letzten Reichstagsperiode protestiert. Die Annahme erfolgt gegen eine Stimme. In der Organisationsfrage wurde beschlossen, die Beitragserhöhung abzulehnen, die Abstimmung über den Parteiauswurf den Delegierten freizustellen. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, der den Parteivorstand eruchte, besondere Maßnahmen zu treffen, um die Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der Antrag, die Angestelltenfrage auf dem nächsten Parteitag zu behandeln, wurde abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine gelbe Heldentat. In der Formerei der Gummiwarenfabrik "Continental" in Hannover besteht schon seit Jahresfrist die 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Arbeitsleistungen werden in Accord ausgeführt. In letzter Zeit erfolgten Lohnabzüge, sodaß es den Arbeitern schwer wurde, einen zum Beschaffung des Lebensunterhalts notwendigen Lohn zu erzielen. Diese Betriebsabteilung ist stark mit Gelben durchsetzt, die für ein Vorgehen zur Erhöhung der Akkordsätze nicht zu haben waren. Da sie aber selbst unter den Abzügen zu leiden hatten, kamen sie auf einem anderen Wege, der dem Vorzug echt gelben Systems hat, zum Ziel. Sie ließen eine Liste zur Unterschrift zirkulieren und machten eine Eingabe an die Direktion mit dem Ersuchen, die Arbeitszeit zu verlängern; damit sie mehr verdienen könnten. Die Mitarbeiter, die nicht gelbe, machten auf die dadurch eintretenden Entlassungen aufmerksam. Der Einwand wurde von den Gelben abgetan mit dem Hinweis, daß die überflüssigen Arbeiter in andere Abteilungen kommen könnten. Als das bezweifelt wurde, erklärten einige Gelbe: Na denn werden die überflüssigen eben entlassen. Die Direktion gab dem auch dem Ersuchen ihrer Schützlinge statt und verlängerte die Arbeitszeit auf 9 Stunden. Die Folge davon war, daß von 160 beschäftigten Personen circa 60 entlassen wurden. Gegen diese Heldentat der Gelben protestierten die Gummiarbeiter der "Continental" in einer gut besuchten Versammlung. Soweit es sich übersehen läßt, scheinen nur Nichtgelbe zur Entlassung gekommen zu sein. Die Gelben werden sich mit dem Gedanken, daß keiner der übrigen entlassen ist, trösten. Was aber wäre geschehen, wenn in dieser Abteilung nur Gelbe befördert würden. Eine Erhöhung der Akkordpreise hätte die Direktion in Anbetracht der bekannten demütigen Haltung der Gelben abgelehnt, eine Verlängerung der Arbeitszeit aber zugebilligt. Dann wären aber nur Gelbe zur Entlassung gekommen. So etwas nennt man denn im gelben Lager: Wahrung von Arbeiterinteressen durch gelbe Werkvereine. Bei diesem direkt reaktionären Verhalten der Gelben müssen doch schließlich jedem die Augen aufgehen. Die Direktion hätte bei 45 Prozent Dividenden, die sie zur Verteilung bringt, gewiß eine Erhöhung der Löhne bewilligen können. Bei solchem Verhalten ihrer gelben Schützlinge hat sie das natürlich nicht nötig. An diesem Schulbeispiel wird einmal in effektanter Weise die unsoziale und kulturwidrige Wirksamkeit der Gelben bewiesen: Verlängerung der Arbeitszeit in einem die Gesundheit schwer schädigenden Betrieb und dafür Brotlosmachung einer größeren Anzahl Arbeiter.

Eine bössartige Denunziation findet gegenwärtig in der bürgerlichen Presse Verbreitung. Sie läßt sich aus Weizsäcker in Baden berichten, es sei dort der Geschäftsführer des Konsumvereins, Genosse Seufert, plötzlich seinen Amt entsetzt worden. Warum? Darüber verlautet nichts. Vor sechs Jahren aber habe auch ein Geschäftsführer des Vereins wegen begangener Unterschlagungen entlassen werden müssen. Seufert sei ortsbekannt. Mit dieser Darstellung des Falles soll der Glaube erweckt werden, als ob Seufert sich Unterschlagungen habe zuschulden

kommen lassen. Das ist jedoch nicht der Fall; es ist auch nicht wahr, daß derselbe ortsabwesend ist oder irgend welches Vorwissen vorliegt, das gegen das Strafrecht verstößt. Wahr ist nur, daß Genosse Seufert wegen persönlicher Differenzen seine Entlassung erhielt.

Wegen gemeinschaftlich verübten Vergehens gegen §§ 152, 153 d. Gew.-Ordn. hatten sich 38 Bauarbeiter vor dem Amtsgericht in Nürnberg zu verantworten. Als Kläger traten drei christlich organisierte Bauarbeiter auf. Am 18. April d. Js. hielten die Angeklagten nach Arbeitsschluß eine Besprechung unter sich ab, um aus ihren Reihen einen Baudelegierten zu bestimmen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch betont, es sei notwendig, daß auf allen Baustellen danach getrachtet werde, daß alle am Bau beschäftigten Arbeiter, soweit sie anderen freien Gewerkschaften angehören, sich auf Grund der mit den verschiedenen Verbänden abgeschlossenen Kartellverträge nach 6 Wochen (bisherigen, mit deren Gewerkschaften Kartellverträge nicht bestanden, auf Grund der Bestimmungen des Hamburger Gewerkschafts-Kongresses nach 13 Wochen) in den Deutschen Bauarbeiterverband überschreiben lassen. Desgleichen müsse auch danach getrachtet werden, Indifferente oder Mitglieder anderer Gewerkschaften dem Bauarbeiterverband zuzuführen. Von den 3 Mitgliedern des christlichen Bauarbeiterverbandes wurde ebenfalls verlangt, sich in ihrer Organisation ab- und beim Bauarbeiterverband anzumelden, was die 3 jedoch verweigerten. Am Montag, den 22. April, nahmen die Beklagten die Arbeit nicht mehr auf und der Baudelegierte soll dem Bauarbeiter die 3 weiszustellen lassen und den Angeklagten die Karte gebe, übrigens sei ein Beauftragter des christlichen Verbandes sofort erschienen und habe erklärt, er stelle dem Bauarbeiter sofort 30 Mann zur Verfügung. Er hätte die 3 wegen den Angeklagten nicht zu entlassen brauchen. Ferner sei den Christlichen an ihrer Entlassung auch gar nichts gelegen gewesen. Uebrigens machen es die Christlichen auf den Bauten, wo sie in der Mehrzahl sind, ebenfalls so, daß sie mit Freiorganisierten nicht zusammen arbeiten, oder aber es wird letzteren so gemacht, daß sie von selbst gehen, wie dieses einem der Angeklagten schon des öfteren passierte. Der als Zeuge vernommene Bauarbeiter gab an, daß er auf seine alten Leute, besonders auf seine Einhalter, die sich unter den Angeklagten befanden, sehen mußte, damit die ihm nicht entlaufen, zumal er gar nicht wußte, ob ihm gleich 30 andere zur Verfügung stehen; damit Ruhe auf der Baustelle sei, habe er die 3 entlassen. — Der Staatsanwalt beantragte für alle Angeklagten, mit Ausnahme von 4, welche in der fraglichen Zeit gar nicht an der Baustelle waren, eine Gefängnisstrafe von je 3 Tagen und Tragung der Kosten. Der Verteidiger führte aus: Es ist eine sehr naive Auffassung, wenn man aus dem Vorgehen der Angeklagten eine Berufsverletzung herausliest, und auch der als Zeuge vernommene Bauarbeiter hatte nicht die Auffassung, daß die Beklagten die 3 in Verzug bringen wollten. Auch das Amtsgericht Nürnberg hat sich bereits auf den Boden gestellt, daß es den Arbeitern freisteht, mit wem sie zusammenarbeiten wollen, und daß es erlaubt ist, die Arbeit einzustellen, wenn man mit jemandem nicht zusammenarbeiten will, wie das in einer ganz ähnlichen Sache im Dezember vor. Js. gefällte Urteil beweist, dem sich auch das Landgericht anschloß dadurch, daß es die Berufung der Christen verwarf. Von einer Bedrohung könnte nur die Rede sein, wenn Arbeiter gegen Arbeiter gebraucht werden, hier aber liegt höchstens eine Willensbestimmung des Unternehmers, nicht aber der Arbeiter vor. — Nach langer Beratung wurde das Urteil verhängt, das für 28 Angeklagte auf je einen Tag Gefängnis und Tragung der Kosten lautete, mit der Begründung, daß ein Mißbrauch der Koalitionsfreiheit vorliege, da der § 152 R.-G.-O. nur gegeben sei, um die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, nicht aber, um die Organisation zu stärken. Vier der Angeklagten wurden freigesprochen.

Soziales.

Wie man Renten quetscht! Der Fräser P. aus Naußlitz büßte am 23. August 1905, kaum 14 Jahre alt (!), bei der Arbeit an der Fräsmaschine den linken Unterarm ein. Die Einarmigkeit wurde auf Grund eines ärztlichen Gutachtens bisher mit einer Rente von 70 % entschädigt. Trotz ihrer prozentualen Höhe ist die Entschädigung, weil ihr, da der Verletzte als junger Mensch verunglückt ist, nur ein sehr geringer Arbeitsverdienst zugrunde liegt, ziemlich gering (monatlich 35 Mk.). Dieser Betrag reicht natürlich zum Leben nicht aus, so daß der Bedauernswerte seinen Eltern zur Last fiel. Schließlich gelang es dem Krüppel, als Schreiber einen kleinen Verdienst zu finden. Vor einiger Zeit hat er aber auch diese Arbeit wieder eingebüßt, er ist jetzt ohne jede Beschäftigung und hat keine Aussicht, auf eine solche. Nun hat man ihm obendrein auch noch von seiner künftigen Rente 5 Mark abgeknappft. Die Berufsgenossenschaft hat nämlich den Verletzten vor einiger Zeit durch ihren Vertrauensarzt Dr. Linow untersuchen lassen, der zwar im objektiven Befunde keine Aenderung feststellen vermochte, da für aber „Gewöhnung“ an die Einarmigkeit annahm und die Herabsetzung der Rente auf 60 Prozent empfahl. Das Oberversicherungsamt hat einem dementsprechenden Antrage der Berufsgenossenschaft stattgegeben. Der Verletzte war sogar der Meinung, daß 60 Prozent noch reichlich seien, weil sonst nach Eintritt des Dauerzustandes für den Verlust des Armes sogar nur 50 Prozent gegeben würden. Der Verletzte habe den Unfall im jugendlichen und anpassungsfähigsten Alter erlitten, das müsse man besonders berücksichtigen. — Die deutsche „Sozialpolitik“ geht schon ins Groteske!

Aus dem Gerichtssaal.

Freigesprochen wurde der Amtsrichter Knittel von der Strafkammer in Ratibor. Wie wir berichtet haben, war er der Beleidigung höherer Militärpersonen angeklagt.

Unter Polizeiaufsicht. Die Leiden des Zucht-häuslers wurde in diesen Tagen vor dem Landgericht in Dresden entrollt. Der Schmied Adam Stoppel hatte im März d. J. eine dreijährige Zuchtstrafe verbüßt und sich von da aus nach Derscheil begeben wo seine Mutter lebt. Trotz seiner Bereitwilligkeit, jede Arbeit zu verrichten, nahm ihn niemand. Hatte er wirklich an einem unbekanntem Ort Arbeit erhalten, wurde er wieder fortgeschickt, wenn man durch die polizeilichen Recherchen erfuhr, daß er unter Polizeiaufsicht stand und bekannt wurde, daß er eine längere Zuchtstrafe verbüßt hatte. Er versuchte, befehl von den besten Vorfällen, ein geordnetes Leben zu führen, durch Abwanderung sein Glück im entgegengesetzten Teil von Deutschland; er ging nach Essen. Hier bemühte er sich, bei einer der vielen Zechen Arbeit zu finden. Aber auch hier dasselbe Resultat. Wenn er nachweisen sollte, wo er bis jetzt gewesen, kam immer wieder seine dreijährige Internierung im Zuchthaus zur Kenntnis der Arbeitgeber und man schickte ihn fort oder nahm ihn gar nicht an. Als ganz besonders störend für den Beginn eines geregelten Lebens schilderte St. die Polizeiaufsicht, weil durch die Nachforschungen der Behörde der Arbeitgeber immer Nachricht von der letzten Bergangenheit des Betreffenden erhält und ihn aus leicht begreiflichen Gründen entläßt, schon der Bequemlichkeit halber, um keine Unannehmlichkeiten mit den Behörden zu haben. Entmutigt durch diese Verhältnisse begab sich St. wieder nach Schlesien und glaubte, daß es ihm doch hier oder in Posen eher glücken würde, festen Fuß zu fassen. Teils fehlend, teils sich mit Gelegenheitsarbeit durchschlagend, war er bis in die Gegend von Königsbrück gekommen. Hier war es mit der Arbeitsgelegenheit ganz alle. Um sich Unterkunft sowie Beförderung zu verschaffen, fertigte er sich Schriftstücke an, nach denen er vom Dresdener Eisenbahnvermessungsbureau als Vermessungsbeamter legitimiert wurde. In diesem Schreiben legte er sich auch einen falschen Namen zu. Durch Vorzeigen solcher Schriftstücke verschaffte er sich im Juni und Juli in Lichtenstein, Königsbrück und Rabeberg bei sieben verschiedenen Personen Unterkunft und Beförderung, stellenweise auch kleine Darlehen, und verschwand dann nach einigen Tagen wieder. Der Angeklagte war geständig und sich auch bewußt, daß er ungesetzlich gehandelt habe, er jagte aber, er sei durch die Verzweiflung und den Hunger zu den Straftaten getrieben worden. Das Gericht erkannte unter Annahme mildernden Umstände auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust (!)

Aus Nah und Fern.

Eine blutige Eifersuchtszene hat sich gestern in früher Morgenstunden im Hause Schönhäuser Allee 56a in Berlin abgepielt. Von Eifersucht getrieben, drang der Maurer Richard Noak in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau und schlug sie mit drei Weibhieben zu Boden. Tödlich verletzt wurde die Frau dem Krankenhaus zugeführt. Der Täter ist verhaftet. Ueber die entsetzliche Tat werden folgende Einzelheiten gemeldet: Die 1885 geborene Frau Emma Noak hatte vor etwa vierzehn Tagen ihren Mann, den 36jährigen Maurer Richard Noak nach sechsjähriger Ehe heimlich verlassen. Sie hatte einen anderen Mann kennen gelernt, zu dem sie eine tiefe Zuneigung faßte. Dieser war ebenfalls verheiratet und hatte ihretwegen seine Frau verlassen. Frau Noak zog nach der dritten Etage des Hauses Schönhäuser Allee 56a. Durch Zufall erfuhr Noak den Aufenthalt seiner Frau und beschloß, sich an der Ungetreuen und ihrem Liebhaber zu rächen. Gestern früh geg 3 1/2 Uhr klopfte er plötzlich an die Tür der Frau Noak. Sie öffnete nichtsahnend und sah sich zu ihrem Schreden ihrem Manne gegenüber. Dieser verlangte Eintritt und die Herausgabe des Ehebrechers. Der Geliebte war jedoch nicht anwesend, weshalb sich Noak wieder entfernte. Nach einer Stunde kehrte er wieder; auf sein erneutes Klopfen wurde ihm nicht mehr geöffnet. Darüber geriet er in Wut, holte ein unter dem Rock versteckt gehaltenes Beil hervor und schlug die Wohnungstür ein. Frau Noak versuchte vor dem Wüterich zu flüchten, und hatte bereits den Treppenaufgang der zweiten Etage erreicht, als sie von ihrem Manne eingeholt wurde. Er faßte sie an die Kehle und schlug sie dreimal mit dem schweren Beil über den Kopf, bis die Unglückliche bewußtlos zusammenbrach. Als Noak sich seiner Tat bewußt wurde, ersaßte ihn plötzlich tiefe Reue. Er nahm die Frau in seine Arme, schleppte sie die Treppe hinunter und über den Damm hinweg nach der Hilfskasse in der Gaudystraße. Dort wurde die noch immer Bewußtlose verbunden und nach dem Moabiters Krankenhaus gebracht. Ihre Verletzungen sind so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Berschüttete Kinder. Durch das Abrutschen ausgehobener Sandmassen sind in Berlin zwei spielende Kinder verschüttet und schwer verletzt worden.

Das leidige Messer. Im Waldbrandgebiete bei Schweinitz a. d. Warthe kam es zwischen den mit dem Abholzen beschäftigten Arbeitern zu einer förmlichen Schlacht, bei der acht Personen durch Messerstiche schwer und zwei so verletzt wurden, daß sie nicht mit dem Leben davonkommen dürften. Der Haupttäter, der gleichfalls durch Messerstiche arg zugerichtet ist, wurde verhaftet und dem Gefängnis in Meseritz zugeführt.

Widerlicher Chauvinismus. Bei einer Gedenkfeier an die Augustschlachten des Jahres 1870, die von alten ehemaligen 16er und 74er Regimentskameraden am 6. August in einem Hotel in Osnabrück stattfand, hatte die Speisefarte folgendes Aussehen:

- Speisenfolge.
- Suppe, wie die Franzosen sie sich 1870 selbst eingebrockt haben.
- Fisch, gefangen in der Saar bei Saarbrücken, Sauce à la Napoleon. Kartoffeln von Sedan.
- Ragout, hergestellt aus den Lederbissen des eroberten französischen Lagers bei Saarbrücken.
- Filet de boeuf zum Andenken an den französischen General gleichen Namens. Als Kompott fehlende Gasmäntel und Sprengstücke vom Lahnstein bei Saarbrücken, Straßburger Salat.
- Speise, Bombe à la Gravelotte und Chassenpögelchen. Käse aus der Genossenschaftsmolkerei Bernadotte bei Abois, Departement Jura.
- Café, hergestellt aus Jidorien à la Thiers und von dem Wasser der Seille bei Metz.
- Zigaretten, die letzten noch von den vorhandenen Liebesgaben.

Die „Wahmer Madonna“ beschlagnahmt. In Düren ist das Bild aus dem „Wahren Jakob“ mit der Apotheke der Mutter, die als Streckfüßlerin ihren Säugling mit in Gefängnis nehmen mußte, von der Polizei beschlagnahmt worden. Das Bild hatte ein Parteigenosse in sein Schloßfenster gehängt. Der konfiszierende Polizeibeamte erklärt, daß jemand an dem Bilde Anstoß genommen habe. — Düren ist eine gut katholische Stadt. Man darf annehmen, daß hinter der edlen Seele, die an dem Bilde Anstoß genommen ein braver Katholik steckt, der gegen die Art von „Säuglingsfürsorge“ nicht das geringste einzuwenden gehabt haben wird.

Womit der Kapitalismus seine Existenzberechtigung beweist. Der Ball des amerikanischen Millionärs J. H. Newport, der die Kleinigkeit von 400 000 Mark kostete, so demnach weit in den Schatten gestellt werden. Herr und Frau Cornettus Vandenberg sind nämlich darauf und daran, das vielbesprochene Vierhunderttausendmarkfest durch ein noch glänzenderes zu übertrumpfen, für das 600 000 Mark ausgeworfen sind. Zu den Vorbereitungen gehört unter anderem die Errichtung eines eigenen Theaters auf den Vanderbiltischen Sommerfide Beaulieu. Hier soll nämlich am dem Ballabende ein Singpiel aufgeführt werden, das gegenwärtig in Newport gespielt wird. Mittels Sonderzuges wird das ganze Newporter Theater nach Beaulieu fahren, und die Schauspieler erhalten für den Abend 20 000 Mark! Die eigentliche Ball soll eine Art „Fest aus Tausend und Eine Nacht“ darstellen; alle Gäste erscheinen in orientalische Kostümen, und die Schneider, die für die fünfte Avenue arbeiten, haben daher alle Hände voll zu tun, ihren Anteil an den 600 000 Mark zu verdienen. — Und dieser Wahnsinn tobt aus in demselben Lande, in dem der Arbeiter, wenn er über 40 Jahre alt ist, nirgends mehr Arbeit bekommt, um ihm nur die Wahl bleibt: entweder zu verhungern oder zum Verbrecher zu werden.

Pilzergiftungen und kein Ende. In Collonges-sous-Salève (Schweiz) erkrankte die aus 10 Köpfen bestehende Familie eines Bäckermeisters infolge Genusses giftiger Pilze. Den Bemühungen der Ärzte gelang es, fünf Personen zu retten, die übrigen fünf schweben noch in Lebensgefahr.

Russische Heiterkeit. Das Urteil gegen die Meuterer des Kaiserlichen Pionierbataillons ist außerordentlich streng ausgefallen. Vierzehn der Meuterer wurde hingerichtet, während einer, der seine Kameraden vertrat hatte, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt wurde.

Eine Kinderlähmungsepidemie grassiert schon seit längerer Zeit in Schweden. Nach den neuesten Meldungen aus Stockholm hat diese Epidemie besonders in der ersten Hälfte des August einen wirklich erschreckenden Umfang angenommen. Nach der „Frankf. Ztg.“ sind im Kreis Halland in den letzten zwei Wochen nicht weniger als 112 neue Fälle aufgetreten, von denen viele — auch bei erwachsenen Personen — tödlich verliefen. Viele Schulen jener Gegend, die dieser Tage hätten eröffnet werden sollen, blieben bis auf weiteres geschlossen. Eine Vereinigung, die die Opfer dieser Epidemie helfen will, teilt mit, daß es in Lande zurzeit gegen 7000 Kinder gibt, die durch die Krankheit gelähmt wurden.

Das Hochwasser in England. Die Fluten bedrohen weiter die Stadt Norwich. Das Wasser, das im Laufe der Nacht gefallen war, ist gestern infolge des neuen heftigen Regengusses wieder gestiegen. Es besteht Gefahr, daß das Trinkwasser und die Lebensmittel heute ausgeteilt. Außerdem wird der Ausbruch einer Seuche befürchtet. Gestern waren über 10 000 Personen obdachlos. Das sommerliche Leben ist so gut wie unterbunden. In Hunderten von Läden ist der Handelsverkehr unmöglich. Viele Gebäude sind eingestürzt. Die Leiche eines ertrunkenen Kindes wurde gefunden. Die Eisenbahnverbindung nach Norwich ist wieder aufgenommen worden.

Ein schwerer Eisenbahnunfall in England. Auf Station Warhall ereignete sich ein Eisenbahnunfall. Ein Maschine stieß auf das Hinterteil eines Zuges, der von Abershot gekommen war, auf. Sechs Wagen wurden vollständig zertrümmert. Eine Person soll getötet und 30 bis 40 sollen verletzt worden sein.

Deutsche Briefpost unterschlagen. In den letzten fünf Monaten hat ein Briefstrolcher in New York Auslandspostamt, der Regier Hiram Smith, nicht weniger als 5000 fürs Ausland, der weitaus größten Menge nach, Adressaten in Deutschland bestimmte Briefe unterschlagen. Ingesamt hat er sich auf diese Weise 3000 Dollar bar verschafft. Der Mann, der verhaftet wurde, ist geständig. Er ist ein Opfer der Spielerei.

Abgestürzter Postwagen. Zwischen Ragby und Tiptel stürzte ein Postwagen infolge Scheuerwagens d. Pferde in einen Graben. Dabei wurden ein Postbeamter getötet, eine Frau lebensgefährlich und mehrere andere Passagiere schwer verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Gewerkschaften und Gewerbetreibenden werden sauber und pünktlich aufgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- und Kommissionssitzungen

Enfalle-Feier-Komitee
Dienstag, Freitag abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. (2903)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu ihrer Hochzeit danken herzlichst Paul Meier und Frau Hedwig geb. Hansen.

Laufbursche
kräftiger, außer der Schulzeit zu sofort gesucht. (2902)
F. W. Wendt, Gr. Petersgr. 21.

Ein tüchtiger Arbeiter
bei gutem Lohn und dauernder Stellung zu sofort gesucht. (2904)
Karl Rath, Kohlenbldg., Schwartau.

Sonnabend und Sonntag stehen Ferkel zum Verkauf in Strampfers (2880)
Gasthof, Schwartau.

Ein gut erhaltenes Fahrrad
mit Torpedofreilauf, neuem Gummi und verkleinert, 50 Mk. (2892)
D. Dortmund, Fackelb. Allee 1a.

Rüchchen- u. Waschtisch
zu verk. (2890) Elswigstr. 11c.

1 Paar Zwergpapageien
billig zu verkaufen. (2884)
Ludwigstraße 68. 1. Etg.
Empfehle mich zur Anfertigung von Damen- u. Kinder-Garderoben (2885)
A. Lange, Moisling.

Größerer, guterhaltener Puppenwagen u. Baby-Wäsche zu kaufen gesucht. Angebote unter W B an die Expedition dies. Bl. (2878)

Eß- und Kochbirnen, Pfund 10 Pfg., sowie Apfel
2901) Lohmühle 18.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 46.

Ger. Schweinsbuden
ohne Knochen p. Wfd. 85

Ba. Aubenter 50

- ig. Rindfleisch . . . 80
- gel. Mettwurst . . . 90
- Leberwurst . . . 80
- Blutwurst . . . 90

Jeden Sonnabend: Heiße Knackwürstchen

Karl Lahrz (vorm. M. Lahrz)
2888) Schlachterei u. Wurstfabrik
Böttcherstr. 14 u. 16. Fipr.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. 10.
3. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.
Bettfedern per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
58) Rote Lubeca-Marken.

 **Fahrrad- und**
Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Email, Vernick. bill. u. gut.
59) Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

 **Zur geil.**
Beachtung.
Mein Lager
bei der Drehbrücke ist
Sonntag, den 1. Septbr.
morgens von 6 bis 9 Uhr
geöffnet.
Dieses ist der letzte Sonntag,
an dem die billigen Preise gelten.
Christian Gäde
Fischergr. 4. (2895) Fernspr. 242.

Weine u. Spirituosen
in jeder Preislage und in
nur besten Qualitäten :
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 118. Fernsprecher 687.

Käselager Hüftr. 83-85.
Stammend billig.
Vollfette Holländer Käse
Pfd. 70, 80 und 90 Fig.
Feinsten vollfetten Züfiter
Pfd. 60, 70 und 80 Fig.
Feinsten Züfiter Fettkäse
Pfd. 40 und 50 Fig.
Feinste vollfette Edamer
Pfd. 100 und 80 Fig.
Trotz der billigen Preise
5 Prozent Rabatt. 2898
Aur Hüftrasse 83-85.

Brot der Genossenschafts-
bäckerei, sowie Zip-
perdorfer Land- und
verschiedene Sorten
Brotbrot empfiehlt
Johs. Böttcher
Steinrader Weg 2

Büld's Milchtaffel
seit 15 Jahren großer Erfolg
Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Fig.
in 1/2 und 1 Pfd.
jetzig zum Gebrauch.
Für Haushaltungen mit großem
Personal ist diese Mischung be-
sonders zu empfehlen.
Postpakete franko.
H. Bülck
Breite Straße 54. Fernspr. 149.

Billig! Käse! Billig!
Sehr feiner Schweizer . . . Pfd. 80 Fig.
in größeren Stücken . . . 75 . . .
Aber extrafeiner Rahmkäse . . . 90 . . .
Feiner vollfetter Rahmkäse . . . 80 . . .
Feiner vollfetter Züfiter Pfd. 60 u. 70 . . .
Der beliebte Käse hol. Art. Pfd. 65 . . .
Fleischhauerstraße 48.
Kleinstenhand vom Engros-Lager. (2839)

Schwartau.  **Schwartau.**
Sonntags früh trifft in blauschwarzer Ware ein:
Barische, Kabeljau, Schellfisch, dicke Butt, Schollen,
Rotzunge.
Matjes-Heringe, Sommerfang-Heringe, Heilbutt im
Anschmitt, Kieler Ränderwaren, Fisch-Konjerven.
Herm. Plötner,
Telephon 114. Schwarzen. (2844) Lübecker Str. 17.

Gebr. Hirschfeld
Breite Strasse 39-41.
Billiger
Extra-Verkauf

2897) besonders ausgelegt:

Ein Restposten Sommer-Blusen aus weiß Batist, gepunkt. Satin u. gestr. Zephir zum Aussch.	1 35	Eine Restpartie Hängerkleidchen in gestreift Kretonne	65	Eine Restpartie Sommer-Jacketts aus schwarz Seidenrips, Tuch u. englisch-artigen Stoffen	2 00 u. 3 90
Neue Herbst-Blusen aus guten Velour mit Tüllkragen und Knopfgarnierung	1 65	Eine Partie Russenkittel aus Köpersatin	85	Eine Restpartie Staubmäntel aus Waschstoffen	4 75 u. 6 75
Neue Herbst-Blusen a. gest. Salonbarch., Hemdform	1 95	Eine Restpartie Kinder-Regenmäntel aus grauen Zwirnstoffen	2 50	Eine Restpartie Tailenkleider aus Waschstoffen	8 75 u. 10 50
Neue Herbst-Blusen mit Tüllkragen, hell gestreift, reich garniert	2 65	Eine Restpartie Alpacka-Unterröcke mit Moiré-Volant	2 95	Neue Kostümröcke aus englischart. Stoff.	2 65 u. 2 95
Eine Restpartie Matinees aus baumw. Musselin	1 25	Eine Restpartie Tuch-Kimonos mit Moiré-Volant	3 50 u. 4 50	Blaue Kostümröcke aus Kammgarn-Stoff. neue Fassons	3 90 u. 4 75

Lange farbige Tuchmäntel
als Uebergangspaletot 12⁵⁰ 16⁵⁰
zu tragen

Lange halbschw. Paletots
aus englischartigen und blauen Stoffen für den Uebergang 12⁵⁰ 16⁵⁰

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhosen . . . 1.40 bis 3.50
Bilothosen . . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schloßheranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen
Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
rote Lubeca-Marken.
57)

Margarine
Pfd. 75, 70 und 60 Fig.
Holländer Käse
Pfd. 90 Fig.
Schweizer Käse
Pfd. 95 und 60 Fig.
Züfiter Käse
Pfd. 80, 70, 60 u. 40 Fig.
Meierei-Butter
Pfd. 1.30 Mt.
Weißes Schmalz
Pfd. 65 Fig.
8 Eier 60 Fig.
Neue Zwiebeln
1 Pfd. 5 Fig., 10 Pfd. 45 Fig.
Neue Salzgurken
2 Stück 15 Fig.
Neue Sommer-Heringe
10 Stück 45 Fig.
Neue Matjes
Stück 15 Fig. (2899)
Eduard Speck,
Hüftrasse 80 und 82.

Sozialdemokratischer Verein.
Am Sonnabend, dem 31. August er.,
im gr. Saale d. Gewerkschaftshauses,
Johannisstraße 50—52:
Festsalle-Feier
bestehend aus
Konzert, Männerchor und Rezitationen.
Unter Mitwirkung des Arbeiterjüngerbundes und des Oberregisseurs
Georg Brunow vom Stadttheater in Lübeck.
Kassenöffnung 8 Uhr. Eintritt 20 Pfennig pro Person. Anfang 8 1/2 Uhr.
Karten im Vorverkauf sind zu haben: Im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Expedition des „Lübecker Volksboten“, G. Ehlers, Hüftr., K. Wittfoot, Hüftr., F. Lender, Hüftr., H. Grevesmühl, Fischergrube, Kühr, Johannisstraße, und bei den Boten der Partei.
Freundlichst ladet ein
2867
Das Komitee.

Restaurant „Von allen Medelnbürger Landtrog“
Schmühlenweg 1.
Sonnabend, den 1. September 1912:
Grotes Orenbier.
Von Kloc 4 grot Konzert an Kinner-Vergnügen, Kloc half 5 grotter Sinnerfesttag mit Orenwagens.
Eintritt kost für grot un lütt a Person en'n Groschen, dorför kriegt jedes Kind en Geschenk. Für gaudes Oten un Drinken is sorgt, up grotten Weißt referent wi. **G. Luckmann & Söhn.**
NB. Wer von de Kinner den'n besten Orenwagen hett, kriegt de Prämie. (2900)

Hansa-Theater
Direktion Gebr. Gollbach.
Sonntag, den 1. Septbr., abends 8 1/2 Uhr:
Sura Vodoo
indische Nackt- und Schlangentänzerin,
sowie
10 phänomenale Spezialitäten.
11 Uhr:
KABARETT.
Entree frei. Neue Kräfte. Entree frei.
Vorverkauf bei Sager. (2896)

2882 Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwürst.
Heinr. Viereck, Hüftrasse 96.

Arbeiter-Radf. Verein Lübeck
Sonntag, den 1. September 1912:
Tour nach Reinfeld-Oldesloe.
Abfahrt 1 Uhr Lindenplatz.
2883) Schwartau 1.

Zentralverband der
Schmiede
Extra-
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 31. August
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Unsere Verschmelzung mit dem
Metallarbeiterverband und das
Ergebnis der lokalen Verhandlungen.
2891) Die Ortsverwaltung.


Arbeiter-Radfahrer-
Verband
Einladung zum diesjährigen
STIFTUNGS-FEST
verbunden mit Korfahrt u. Würfel-
spiel unter gütiger Mitwirkung der
Arbeiter-Gesangsvereine „Hoffnung“
Schönberg
am Sonntag, dem 1. September
im Lokale des Herrn Schliecker
Bahnhof-Restaurant, Herruburg
Beginn der Korfahrt 4 Uhr.
NB. Alle umliegenden Bundes-
vereine sind hierzu freundlichst ein-
geladen. (2888)
Hierzu laden freundlichst ein
Das Komitee u. Gastwirt Schliecker

Louisenlust.
Sonntag, den 1. Septemb.:
III. Familien- und
Kinderfest
unter gest. Mitwirkung der
am Sonntag eintraffenden
neuen Musik- u. Gesangs-
truppe
„Martha“, 7 Damen,
3 Herren.
Ferner: Kinderbelustigungen,
wie: Lauschen, Wett-
laufen, Wettkampf auf dem
Wassbaum, Wurfbällen
usw.
Kindertanz im Freien.
NB. Für Damen u. Herren
Glückstopf.
Eintritt für 10 Pf.
Erwachsene
Kinder in Begleitung Er-
wachsener frei.
Anfang 4 Uhr. (2898)

Restaurant FRANZ BOY
Schwartau, Lübecker Str. 14.
Täglich:
Musikalische Unterhaltung.
ff. Speisen und Getränke.
Aufmerksame Bedienung.
1509) **Franz Boy.**

KOLOSSEUM, Kronsf. Allee 25.
Zwei Gastspiele
des Schleswig-Holst. Landes-
Theaters.
Direkt.: Max Södtmann-Alberti.
Sonnabend, den 31. August.
Sonntag, den 1. September:
Zum ersten Male! Orchester!
„Die schöne Bernauerin“.
Operette in 1 Akt von Nordau.
Hierauf:
Stürmischer Lagerfolg!
Ungeheure Heiterkeit!
Gastspiel Adele Willhöft
vom Carl-Schulze-Theater.
Gastspiel des 1. Komikers
Georg Bendix.
„Rund um die Alster“.
Blattdeutsches Originalstück
in 4 Aufzügen. (2849)
Neueste Gesangs-Schlager:
„Paulinchen, mein Apfelsinchen“.
„Swienstopp mit Orenkohl“.
Preise der Plätze im Vor-
verkauf: Num. Sperrpl. 1.25,
1. Platz 1.—, 2. Platz 50 Pf.
Vorverkauf: Zigarrengeschäft
der Herren: Langermann, Mühl-
lenbrücke 4, Carl Lohmann, Ober-
trave 1, Conrad Rothe, Fleisch-
hauerstraße 15, u. im Kolosseum.
An der Abendkasse 1.50, 1.—,
60 Pf. **Sonnabend:** Kaffe-
öffnung 8 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr,
Ende 11 1/4 Uhr. **Sonntag:** Kaffe-
öffnung 7 1/2 Uhr, Anfang 8 Uhr,
Ende 11 Uhr.